

9 Tagesordnung, öffentlich

Bgm. Mag. Nagl:

Ich darf nun ersuchen, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Frau Dr. Erika Zwanzger hat wie jedes Mal jene Stücke mit den Klubobleuten abgestimmt, die jetzt schon als beschlossen gelten. Wichtig vielleicht, das Stück Nr. 2 ist abgesetzt. Das Stück Nr. 3 und Stück Nr. 4 sind einstimmige Beschlüsse, die Stücke 5 bis 9 sind einstimmige Beschlüsse, das Stück 11, 12 und 16 ist abgesetzt, einstimmiger Beschluss bei Stück Nr. 19, bei Stück Nr. 20 ist es ein Mehrheitsbeschluss gegen KPÖ, Stück Nr. 22 wird abgesetzt, weil es ident ist mit dem Stück Nr. 25, Stück Nr. 24 ist ein einstimmiger Beschluss. Also das Stück 22 ist doppelt auf der Tagesordnung gewesen.

9.1 Stk. 3) A 8/4- 060590/2019 Am Leopoldsgrund 88, Baurechtsliegenschaft, Verkauf Stammgrundstück und Anteile an Allgemeinflächen, Antrag auf Zustimmung

Die Stadt Graz verkauft die Stammliegenschaft Am Leopoldsgrund 88 und die ihr zugehörigen Allgemeinflächen. Der Kaufpreis von Euro 33.390,- wird auf der FIPOS 2.84000.001200 vereinnahmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.2 Stk. 4) A 8/4- 119156/2015 Am Leopoldsgrund 110, Baurechtsliegenschaft, Verkauf Anteile an Allgemeinflächen, Antrag auf Zustimmung

Die Stadt Graz verkauft die Anteile der Allgemeinflächen. Der Kaufpreis von Euro 2.812,- wird auf der FIPOS 2.84000.001200 vereinnahmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.3 Stk. 5) A 8/4- 92494/2019 Pfanghofweg, bescheidmäßige Grundabtretung,
Übernahme einer ca. 29 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 498/3, EZ 1717, KG Graz Stadt
Weinitzen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 29 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 498/3, EZ 1717, KG Graz Stadt-Weinitzen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz gemäß Bescheid mit der GZ: A 17 - 015044/2014/0010 vom 19.08.2014, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.4 Stk. 6) A 8/4- 116153/2018 B 67 Grazer Straße, Grenzberichtigungen
im Rahmen des Ausbaues des Geh- und
Radweges Eggenberger Gürtel,
Steinfeldgasse -Friedhofgasse und Josef-
Huber-Gasse - Custozzagasse zwischen der
Stadt Graz, dem Land Steiermark und
Privateigentümern im Gesamtausmaß von
ca. 149 m²**

- Der Erwerb der in der Beilage angeführten Grundstücksteilfläche für das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird gemäß § 45 Abs. 2 Z 5 und 22 des Statuts der Landeshauptstadt Graz genehmigt. Ebenso wird die Auflassung der in der Beilage angeführten Grundstücksteilflächen aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz und Übertragung an das Land Steiermark gemäß § 45 Abs. 2 Z 6 und 22 des Statuts der Landeshauptstadt Graz sowie zum GST Nr. 967 /1, KG Gries genehmigt.
- Die Vermessung, die Errichtung der Teilungspläne und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt jeweils durch das Land Steiermark, Abteilung 16.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.5 Stk. 7) A 8/4-117101/2018

**Geh- und Radweg, Wetzelsdorfer Straße,
Grenzberichtigungen zwischen der Stadt
Graz, dem Land Steiermark und
Privateigentümern im Gesamtausmaß von
ca. 7.914 m² in der KG Baierdorf und
Wetzelsdorf**

- Die Auflassung der in den Beilagen (Teilungspläne) angeführten Grundstücke bzw. Grundstücksteilflächen aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz und Übertragung an das Land Steiermark sowie privaten Grundstückseigentümern gemäß § 45 Abs. 2 Z 6 und 22 des Statuts der Landeshauptstadt Graz in der KG Baierdorf sowie Wetzelsdorf wird genehmigt.
- Die Vermessung, die Errichtung der Teilungspläne und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt jeweils durch das Land Steiermark, Abteilung 16.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.6 Stk. 8) A 8/4- 84665/2018

**Swikerstraße 33 – Grenzberichtigung,
Grundtausch gegen Wertausgleich, Auflassung
vom Öffentlichen Gut und Tausch von insgesamt
ca. 14 m² großen Tlfl. des Gdst. Nr. 944/1, EZ
50000, KG Gösting gegen eine ca. 1 m² große
Tlfl. des Gdst. Nr. 82/10, EZ 1270, KG Gösting
und Übernahme dieser Fläche in das Öffentliche
Gut der Stadt Graz**

1. Die Auflassung von insgesamt ca. 14 m² großen Tlfl. des Gdst. Nr. 944/1, EZ 50000, KG Gösting aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz und Übergabe dieser Fläche wird genehmigt.
2. Der Erwerb einer ca. 1 m² großen Tlfl. des Gdst. Nr. 82/10, EZ 1270, KG Gösting und Übernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Der Grundtausch erfolgt gegen Wertausgleich zugunsten der Stadt Graz.

4. Die Bedeckung der Positionen gemäß Pkt. 2. und 3. erfolgt im Budget des A 10/1-Straßenamtes wie nachfolgend aufgelistet:

Ausgaben:

Fipos. 5/61200/001100

Grunderwerb durch die Stadt Graz € 150,--

Einnahme:

Verkauf durch die Stadt Graz € 2.100,--

Der Differenzbetrag zugunsten der Stadt Graz beträgt somit € 1.950,--

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.7 Stk. 9) A 8/4- 8813/2018

Sigmundstadl-Keplerstraße, wertgleicher Grundtausch, Auflassung vom Öffentlichen Gut und Tausch einer ca. 3 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 2560, EZ 50000, KG Lend gegen zwei Teilflächen des Gdst. Nr. 662 und Gdst. Nr. 661, je EZ 332, KG Lend im Gesamtausmaß von ca. 200 m² und Übernahme dieser Fläche in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

1. Die Auflassung einer ca. 3 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 2560, EZ 50000, KG Lend, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Der Grundtausch dieser ca. 3 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 2560, EZ 50000, KG Lend, gegen zwei insgesamt ca. 200 m² große Tfl. der Gdst. Nr. 662 und Gdst. Nr. 661, je EZ 332, KG Lend, aus dem Eigentum von Privaten wird zu den Bedingungen, wie im Motivenbericht ausgeführt, genehmigt.
3. Die Übernahme der zwei insgesamt ca. 200 m² großen Tfl. der Gdst. Nr. 662 und Gdst. Nr. 661, je EZ 332, KG Lend, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 9.8 **Stk. 19) A 8-119718/2018/0143** **Personalamt, SN 1, Nachtragskredit in Höhe von insgesamt € 1.500.000,- in der OG 2019**

In der OG 2019 werden die Fiposse laut Beilage erhöht. Die Eckwerte der jeweiligen Abteilung erhöhen sich entsprechend der Budgetanpassung/Fipos-Erhöhung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 9.9 **Stk. 20) A 8- 40945/08 - 69** **Creative Industries Styria GmbH; Richtlinien für die o. Generalversammlung gem. § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Stimmrechtsermächtigung**

Der Vertreter der Stadt Graz, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der am 05.12.2019 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Creative Industries Styria GmbH insbesondere folgenden Anträgen der Tagesordnung zuzustimmen:

1. TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 10.07.2019
3. TOP 4. Bestätigung der Tagesordnungspunkte
4. TOP 5. Beschlussfassung der Jahresplanung und des Budgets 2020
5. TOP 6. Ermächtigung und Beauftragung zur Bestellung von Frau Mag.^a Dr.ⁱⁿ Katharina Kern zur Prokuristin der Gesellschaft
6. TOP 7. Berichterstattung durch die Geschäftsführung

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

9.10 Stk. 24) A 2/1 - 024429/2019/2

Gemeindejagden in Graz, Aufteilung des Pachtzinses für das Jagdjahr 2019/2020

Der für das laufende Jagdjahr für die Grazer Gemeindejagdgebiete erzielte Jagdpachtzins wird - unter Zugrundelegung des Flächenausmaßes der in das jeweilige Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundstücke – gemäß § 21 Abs. 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes 1986, LGBl. Nr. 23/1986 idF LGBl. Nr. 59/2018, wie in der beiliegenden Kundmachung angeführt, auf die Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer aufgeteilt.

Die Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer dieser Jagdgebiete haben ihre Anspruchsberechtigung durch Vorlage eines Grundbuchauszuges, der nicht älter als sechs Monate sein darf, beim Magistrat Graz, BürgerInnenamt, Amtshaus, Schmiedgasse 26, 3. Stock, Tür 302, darzulegen.

Anteile, die nicht sechs Wochen nach der Kundmachung dieses Gemeinderatsbeschlusses behoben wurden, verfallen gemäß § 21 Abs. 3 leg. cit. zugunsten der Gemeindekasse.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nagl:

Ich darf nun Herrn Gemeinderat Pogner bitten, ein aus meiner Sicht ganz wichtiges Stück, das heute vorliegt, vorzutragen.

Berichterstatter: GR Pogner

9.11 Stk. 1) Präs.078079/2019/0001

Jedem Extremismus entschieden entgegnetreten - Erklärung gegen Antisemitismus

Pogner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Zuhörertribüne. Als Berichterstatter werde ich mir erlauben, dieses Stück nur ganz kurz anzureißen. Es ist ja in den Klubs schon sehr breit, so habe ich gehört, vordiskutiert worden und vorbesprochen worden und daher erlaube ich mir, wie gesagt, darauf hinzuweisen, dass die Einleitung dieses Stücks werde ich verlesen und dann auch noch den Antragstext dazu.

Die Zunahme extremistischer Haltungen, insbesondere auch antisemitisch motivierter Äußerungen und Aktionen bis hin zu Anschlägen auf jüdische Einrichtungen in mehreren europäischen Ländern ist evident. Hier gilt es, rechtzeitig klare Grenzen zu ziehen und antisemitischem Denken keinen Raum zu geben. Graz bekennt sich zur historischen Verantwortung aus der Shoa, einer demokratischen Erinnerungskultur und einer aktiven Unterstützung der jüdischen Gemeinde und ihrer Einrichtungen. Dann ist noch ein wichtiger Satz dabei: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Ich komme jetzt auch schon zum Antragstext.

Da hat es im Stadtsenat noch eine Änderung bei den Punkten 1 und 3 gegeben. Ich verlese nun den Antragstext, so wie er jetzt lautet:

1. Die Stadt Graz lehnt jedwede Form von weltlichem oder religiösem Extremismus, der sich implizit oder explizit gegen grundlegende Werte demokratischer Verfassungsstaaten richtet, entschieden ab. Wir verurteilen jegliche Form von Antisemitismus und Antizionismus.
2. Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Stadtverwaltung stehen, dürfen an keine Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung gestellt werden.

3. Städtische Dienststellen dürfen keine Veranstaltungen von Gruppierungen unterstützen, welche die Ziele der BDS-Bewegung („Boycott, Divestment, Sanctions“) verfolgen oder für diese werben.
4. Die städtischen Dienststellen werden beauftragt, im Auftragsmanagement darauf hinzuwirken, dass auch die städtischen Beteiligungsunternehmen diese Ziele verfolgen.
5. Der Gemeinderat unterstützt die Stadtregierung sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus, Antizionismus und jeglichem Rassismus.

Ich bitte um Annahme. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz lehnt jedwede Form von weltlichem oder religiösem Extremismus, der sich implizit oder explizit gegen grundlegende Werte demokratischer Verfassungsstaaten richtet, entschieden ab. Wir verurteilen jegliche Form von Antisemitismus und Antizionismus.
2. Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Stadtverwaltung stehen, dürfen an keine Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung gestellt werden.
3. Städtische Dienststellen dürfen keine Veranstaltungen von Gruppierungen unterstützen, welche die Ziele der BDS-Bewegung („Boycott, Divestment, Sanctions“) verfolgen oder für diese werben.
4. Die städtischen Dienststellen werden beauftragt, im Auftragsmanagement darauf hinzuwirken, dass auch die städtischen Beteiligungsunternehmen diese Ziele verfolgen.
5. Der Gemeinderat unterstützt die Stadtregierung sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus, Antizionismus und jeglichem Rassismus.

GR **Dreisiebner** zur Geschäftsordnung:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, Herr Bürgermeister, wir hatten gestern noch ein Gespräch in dieser Sache. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie und sehr geehrter Herr Präsident, Vorsitzender der Israelischen Kultusgemeinde in Graz, Herr Elie Rosen, herzlich willkommen. Wir hatten gestern ein Gespräch, die Frau Stadträtin Schwentner und meine Wenigkeit, sowie es auch andere Gespräche gegeben hat in den letzten Tagen, sehr viele Gespräche. Es ist sicher viel versucht worden, gemeinsam eine Position, eine wichtige Position der Menschenrechtsstadt Graz in dieser sehr wichtigen Frage zu finden. Das ist in den ...

*Zwischenruf GR Ing. **Lohr**: Zur Geschäftsordnung!*

Dreisiebner: ... kurzen Moment, Herr Kollege. Das ist in den letzten Tagen, in der letzten Woche allem Anschein nach schon so weit verschüttet worden, dass es bis heute offensichtlich nicht möglich ist. Das beweisen uns auch Abänderungs- und Zusatzanträge in größerem Ausmaß, würde ich hier jetzt einmal sagen. Wir haben in unserem Gespräch das Ziel verfolgt, dieses Stück für heute abzusetzen, dieses Stück erst wieder im Dezember anzusetzen, das sind vier Wochen bis zum 12. Dezember, um die Zeit zu nutzen, dass alle Fraktionen, alle Stadtregierungsmitglieder, Klubobleute, es sind ja nicht alle Fraktionen in der Stadtregierung vertreten, aber auch Stakeholder, wie der Herr Elie Rosen, aber auch der IKG-Präsident, Herr Oskar Deutsch, oder eine Vertretung des Menschenrechtsbeirates in Graz miteinander eine gute Lösung finden können, so wie wir das schon oftmals in so wichtigen Fragen gemacht haben, erfolgreich gemacht haben, dass alle Parteien über das ganze Parteienspektrum hinweg mitgehen können. Dieses Ziel sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Ein Mehrheitsbeschluss ist eine Möglichkeit, der Menschenrechtsstadt Graz sollte es ein

hohes Ziel sein, einen gemeinsamen, einen einstimmigen und von allen getragenen Beschluss zu fassen.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?

Dreisiebner:

In diesem Sinne, stelle ich nach § 20 der Geschäftsordnung, Abs. 3b, den Antrag, das Stück zu vertragen, die Zeit, wie ich es hier geschildert habe, im Ermessen des Herrn Bürgermeister, selbstverständlich bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu nutzen und am 12. 12. wieder anzusetzen. Ich ersuche um Zustimmung.

Nagl:

Geschätzter Herr Klubobmann. Danke vielmals für Ihre Wortmeldung, auch zur Geschäftsordnung und selbstverständlich werden wir auch darüber abstimmen. Geschäftordnungsgemäß war dieses Stück vorberatend im Stadtsenat abzustimmen, wo wir auch punktuell abgestimmt haben und wo wir den Großteil der Punkte einstimmig beschlossen haben. In zwei Punkten ist die KPÖ nicht mitgegangen, Frau Judith Schwentner hat mich aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass es noch den weiteren Wunsch nach weiteren Beratungen und Überlegungen gibt. Ich habe mich sehr bemüht auch in den letzten Tagen, mit der Grünen Fraktion, auch mit Michi Ehmann Gespräche geführt, einfach einmal noch einmal dem zu entsprechen, was ich mir auch wünsche in dieser Frage. Wenn Herr Präsident Elie Rosen mit einem Wunsch an die Stadt Graz herantritt, ein klares Zeichen zu setzen, sollten wir das auch tun. Ich habe aufgrund der Gespräche gestern, auch heute Morgen, mit ihm telefoniert. Er ist auch heute anwesend und es ist ihm ein großes Anliegen, dass dieses Zeichen klar und deutlich gesetzt wird heute vom Grazer Gemeinderat und ich kann, sage ich einmal,

auch wissend, dass es noch vielleicht noch Abänderungs- und Zusatzanträge geben wird, nur alle im Gemeinderat auch auffordern, heute letzten Endes diesem Wunsch unserer jüdischen Gemeinde von Graz zu entsprechen. Ich sage das auch relativ deutlich jetzt schon zu Beginn. Ich werde mich dann auch noch zu den Details unserer Überlegungen auch für meine Fraktion namens der ÖVP auch zu Wort melden, aber auch ganz persönlich. Es ist mir ein ganz wichtiges Anliegen, dass wir das, was auf Staatlicher Ebene in Deutschland schon passiert ist, auf Länderebene passiert ist, in Städten wie Wien und Berlin schon passiert ist, gerade auch in Graz mit unserer historischen Belastung ein klares Signal abgegeben wird gegen eine Bewegung, die der jüdischen Gemeinde von Graz letzten Endes auch Angst macht und sie uns gebeten hat, klar und entschieden aufzutreten. (*Appl. allgemein*)

Ich schlafe selten schlecht und das ist mir heute wirklich ein großes Anliegen, dass alle Fraktionen noch einmal darüber nachdenken, Antisemitismus, Antizionismus hat viele Ursachen. Es gibt viele Gründe, auch in Zukunft darüber zu debattieren, auch das zu tun, was von Seiten der Grünen gekommen ist. Ich habe den Herrn Präsidenten auch gebeten, dass wir auch im kommenden Jahr uns mit all den Dingen, die der jüdischen Gemeinde in Graz Sorge bereitet, nämlich das, was sich im Internet abspielt, das was sich durch die Zuwanderung bei uns abspielt, das was sich im rechten Spektrum abspielt, genauso zu beleuchten, aber heute ist es ein wichtiges Zeichen innerhalb Österreichs für alle Jüdinnen und Juden in diesem Lande, aber auch innerhalb von Graz ein klares Zeichen zu setzen. Deswegen darf ich im Gegensatz ersuchen, eben nicht dieses Stück heute abzusetzen, weil ich auch darum vom Präsidenten gebeten wurde. Aber wir stimmen jetzt gerne darüber ab.

Der Antrag auf Absetzung wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Nagl:

Damit wird dieses Stück auch weiter behandelt.

GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte ZuhörerInnen auf der Galerie. Ich darf mich als Erste zu Wort melden mit einem Abänderungsantrag meiner Fraktion und unseres Regierungspartners, wo ich aufgrund der vorangegangenen Gespräche einfach zum Titel dieses Stückes um eine Klarstellung wie folgt bitte. Wir bitten mit dem Abänderungsantrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Titel dieses Stückes ist wie folgt abzuändern. Der lautet: „Erklärung gegen Antisemitismus und BDS“. Ich bitte um Annahme. Dankeschön.

Originaltext des Abänderungsantrages der ÖVP:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Titel des angeführten TOP 1 der heutigen Sitzung des Gemeinderates erhält folgenden Wortlaut:

„Erklärung gegen Antisemitismus und BDS“

GR **Eber:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich heute auch, dass der Herr Präsident der

Jüdischen Gemeinde in Graz, Elie Rosen, heute hier ist, herzlich willkommen. Ich habe jetzt hier so viele Zettel. Ich darf einen Abänderungsantrag hier einbringen. Möchte vorher vielleicht noch ein paar Worte sozusagen zur Begründung dazu verlieren. Zunächst einmal halten wir es für sehr positiv, dass 81 Jahre nach der so genannten Reichspogromnacht, 74 Jahre nach der Befreiung Österreichs, nach dem Sieg über den Faschismus eine derartige Erklärung gegen den Antisemitismus heute hier vorliegt. Ich möchte allerdings auch auf zwei, drei Punkte eingehen, die wir ein bisschen kritisch sehen. Einen Punkt hat der Herr Kollege Dreisiebner bereits erwähnt. Er hat der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz sich angeboten, sich bereit erklärt, auch begleitend hier mitzuarbeiten bei einer derartigen Erklärung. Ich glaube, das Mail ist jedem bekannt und von da her hätte ich mir auch gewünscht, dass wir uns noch ein paar Wochen Zeit nehmen, um diese Erklärung sozusagen abzurunden und abzustimmen. Der Herr Bürgermeister hat in seiner Wortmeldung vorher schon gesagt, die KPÖ hat in zwei Punkten dann letztlich dagegen gestimmt im Stadtsenat zunächst, und von da her möchten wir unsere Kritikpunkte heute auch mittels eines Abänderungsantrages zum Ausdruck bringen. Erstens, die Frage der Gleichsetzung des Antisemitismus mit dem Begriff Antizionismus. Selbstverständlich ist es für uns so, dass wir jeglicher Form des Antisemitismus entschieden entgegentreten. Das ist eine der übelsten rassistischen Haltungen, die man haben kann, wenn man Antisemitismus gerade auch mit dem Wissen um die Geschichte Österreichs hier vertritt. Allerdings ist meines Erachtens der Begriff Antizionismus schon einerseits etwas schwammig sozusagen, andererseits, ohne natürlich das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen, ist dennoch Zionismus für mich auch eine zutiefst nationalistische Haltung, die wir nicht goutieren können und wollen. Schließlich der Kritikpunkt von uns auch, dass diese Erklärung gegen Antisemitismus, die Klubobfrau hat es jetzt noch einmal verdeutlicht mit dem Abänderungsantrag der ÖVP, ist nur zugeschnitten auf die BDS-Kampagne. Jetzt kann man von der halten, was man will, wir als KPÖ werden dieser Kampagne sicher nicht nähertreten können, weil es tatsächlich erinnert zumindest in seiner Form an die unsäglichen Geschehnisse, die dann dem Antisemitismus vorangegangen sind, nämlich diesem Aufruf: „Kauft nicht bei Juden“ und daran sollten wir nicht anstreifen.

Das sehen wir genau so. Auf der anderen Seite fehlt mir allerdings in dieser Erklärung, und das ist für mich eigentlich der entscheidende Punkt, jegliche Auseinandersetzung, jegliche Abgrenzung von einem rassistischen, deutschnationalen Antisemitismus, der in unserer Gesellschaft seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten, kann man schon fast sagen, eine Rolle spielt und ohne dieser Form des Antisemitismus deutlich entgegenzutreten, halte ich eine derartige Erklärung dann doch etwas für einseitig. Ich darf also, auch wenn die Redezeit schon fast erschöpft ist, kurz den Abänderungsantrag einbringen. Ich mache es ganz kurz.

Der Punkt 1 und der Punkt 5, da wird das Wort „Antizionismus“ herausgenommen, der Punkt 3 soll lauten: Städtische Dienststellen dürfen keine Veranstaltungen sämtlicher Gruppierungen unterstützen, welche in der Vergangenheit durch antisemitische Vorfälle und Äußerungen aufgefallen sind.

Der Punkt 4 soll nunmehr lauten: Die städtischen Dienststellen werden beauftragt, im Auftragsmanagement darauf hinzuwirken, dass auch die städtischen Beteiligungsunternehmen diese Ziele verfolgen. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages der KPÖ:

Der Antragstext wird wie folgt abgeändert:

- 1. Die Stadt Graz verurteilt entschieden jegliche Form von Antisemitismus.*
- 2. Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Stadtverwaltung stehen, dürfen an keine Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung gestellt werden.*
- 3. Städtische Dienststellen dürfen keine Veranstaltungen sämtlicher Gruppierungen unterstützen, welche in der Vergangenheit durch antisemitische Vorfälle und Äußerungen aufgefallen sind.*
- 4. Die städtischen Dienststellen werden beauftragt, im Auftragsmanagement darauf hinzuwirken, dass auch die städtischen Beteiligungsunternehmen diese Ziele verfolgen.*

5. *Der Gemeinderat unterstützt die Stadtregierung sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus und jeglichem Rassismus.*

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuseherInnengalerie, sehr geehrter Herr Präsident Rosen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss gestehen, ich kann sowohl die Initiative der Grünen, hier diesen Antrag abzusetzen, als auch den Abänderungsantrag der KPÖ in keinster Weise nachvollziehen. Ich kann nicht verstehen, welchen Kompromiss und welche Lösungen man bei Extremismus und Antisemitismus finden möchte und ich kann den Änderungsantrag der KPÖ gar nicht nachvollziehen, weil sie ja explizit nicht anderes machen, als das Wort BDS aus dem Antrag zu streichen. Eine Bewegung, die an Israel andere Maßstäbe ansetzt als an andere Länder. Eine Bewegung, deren führenden BDS-Vertreter offen auftreten und Israel das Existenzrecht absprechen. Eine Bewegung, die zum unternehmerischen Boykott, aber auch zum Boykott von Kulturschaffenden und Wissenschaftlern und Forschern aufruft, nur weil sie aus Israel stammen. Das ist für mich ganz klar antisemitisch, das ist für mich ganz klar eine Form von Extremismus und deswegen halte ich es für richtig, dass wir heute hier in dieser Sitzung diesen Antrag beschließen und nicht nur ein starkes Zeichen setzen, sondern auch die ersten Maßnahmen gegen Antisemitismus setzen und deswegen würde ich auch diese zwei Fraktionen bitten, diesen Antrag zu unterstützen.

Nagl:

Ich darf meine ehemalige Kollegin in der Stadtregierung, Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck, ganz herzlich auf der Tribüne begrüßen, sei herzlich willkommen geheißen.
(allgem. Applaus)

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich möchte gleich zu Beginn etwas klar- und richtigstellen. Für uns als Grüne geht es hier in keinster Weise darum, dass wir nach einem inhaltlichen Kompromiss oder dergleichen suchen. Wir stehen inhaltlich voll und ganz hinter dem Stück und werden dem Stück auch zustimmen. Wir haben nur immer wieder kritische Bedenken an der Vorgangsweise geäußert, weil hier eben im Vorfeld dieses Stückes nicht ausreichend der Dialog mit allen relevanten AkteurInnen gesucht wurde und es ist einfach bei so einem Stück, das so ein wichtiges Zeichen für eine Menschenrechtsstadt ist, schade. Ich finde, so ein Stück sollte einstimmig durch den Gemeinderat gehen und, wie auch der Karl vorher gesagt hat, wenn dann eine große Menge an Zusatz- und Abänderungsanträgen daherkommt, liegt es nahe, dass der Dialog und die Abstimmung im Vorfeld nicht optimal waren. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass ich das befremdlich finde, dass wir ein Organ wie den Menschenrechtsbeirat in Graz haben, der seit Monaten sich inhaltlich mit diesem Thema auseinandersetzt und dass der dann nicht beratend hinzugezogen wird, wenn man so ein Stück auf die Tagesordnung setzen möchte. In diesem Sinne waren wir dafür, um einfach eine breitere Unterstützung für das Stück zu haben, das im Dezember auf die Tagesordnung zu bringen. Es läuft anders, das muss ich zur Kenntnis nehmen und ich finde das wirklich schade, weil das Stück ist uns ein großes inhaltliches Anliegen und es sollte in keinster Weise zu einem politischen Spielball werden. Herr Bürgermeister, Sie haben es gesagt, es gibt in etlichen Städten vergleichbare Beschlüsse. Wir stehen inhaltlich auch voll hinter dem Beschluss und ich möchte kurz ein paar Worte dazu sagen, warum wir heute einen Zusatzantrag einbringen und auch kurz etwas zur KPÖ sagen und warum wir dem Abänderungsantrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen können.

Wir bringen einen Zusatzantrag ein, weil es klar ist, dieses Bekenntnis, Antisemitismus in jeder Form abzulehnen, das braucht es. Aber gleichzeitig kann so ein Bekenntnis immer nur der erste Schritt sein. Was es zusätzlich braucht und eben auch Teil unseres Zusatzantrages ist, dass es Sensibilisierungsmaßnahmen braucht. Gerade bei

Jugendlichen, gerade an Schulen und dass man einfach Antisemitismus seine Wurzeln entzieht und nicht nur uns dagegen bekennen, was es natürlich auch braucht. Warum wir aber auch einen Zusatzantrag einbringen, ist, dass wir heute sehen müssen, dass Antisemitismus nach wie vor hauptsächlich aus rechten und rechtsextremen Kreisen kommt. Z.B. habe ich hier die Zahl, dass bei den antisemitischen Straftaten, die 2017 in Deutschland registriert wurden, 94 % aus rechten oder rechtsextremen Kreisen kommen. Es ist einfach sehr wichtig zu sehen, dass das nach wie vor der Bereich ist, wo Antisemitismus extrem stark und traditionell verortet ist und da müssen wir einfach hinschauen. Gleichzeitig möchte ich aber insbesondere meinen KollegInnen von der KPÖ sagen, ihr macht es euch sehr leicht, BDS einfach aus dem Antrag herauszustreichen. Ich finde nämlich, ganz grundsätzlich ist es leicht, Antisemitismus dort zu benennen und zu verurteilen, wo er offensichtlich ist. Eben wenn er aus rechtsextremen Kreisen ganz brachial daher kommt und aus dem entgegengesetzten politischen Lager kommt. Aber es ist vielleicht etwas schwieriger, Antisemitismus auch dort zu benennen und zu verurteilen, wo er eben nicht so offensichtlich daherkommt. Wo er etwas versteckter daherkommt und wo er vielleicht von Menschen daherkommt, die mir sonst in ihrer Weltanschauung nahe stehen. Das ist nicht angenehm, Antisemitismus auch dort zu sehen, aber es gibt ihn auch dort. (*Appl.*) Deswegen finde ich, ihr zieht euch ein wenig aus der Affäre und macht es euch zu leicht, wenn ihr BDS aus dem Antrag herausstreicht. Ich möchte keineswegs behaupten, dass alle Menschen, die sich bei BDS engagieren oder Interesse an dem Thema haben, antisemitisch sind. Aber es gibt diese Tendenzen bei BDS und es gibt massive Belege dafür. Es gibt Vertreter von BDS, die Israel das Existenzrecht absprechen. Dafür gibt es etliche Belege und ich weiß nicht, ob ihr das wisst, aber mich hat es total schockiert, ich habe herausgefunden, dass seit 2017 die BDS-Kampagne weltweit einen Global Day of Action veranstaltet gegen Israel und dieser Tag ist am 9. November, am Tag der Reichspogromnacht. Das hat mich wirklich schockiert, weil es gibt überhaupt keinen vernünftigen Grund, an einem solchen Tag einen Global Day of Action gegen Israel zu veranstalten. Ich möchte euch einfach bitten, eure Position da zu überdenken.

Deswegen möchte ich zusammenfassend sagen, wir als Grüne haben kein Problem damit, Antisemitismus zu benennen, egal aus welchem politischen Lager er kommt. Daher stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

1. Städtische Dienststellen dürfen keine Veranstaltungen von Gruppierungen unterstützen, welche die Ziele der BDS-Bewegung („Boycott, Divestment, Sanctions“), des politischen Islams sowie rechtsextremer Gruppierungen verfolgen oder für diese werben.

Und nun das Thema Sensibilisierung:

2. Die Stadt Graz bekennt sich zur Erarbeitung und Finanzierung eines Workshop-Formats für Grazer Schulen und Jugendzentren zur Sensibilisierung gegenüber den verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus.
3. Die Stadt Graz bekennt sich zur Ausweitung des Angebots im Bereich Erinnerungs- und Gedenkarbeit (beispielsweise ZeitzeugInnen-Besuche und Besuche von Mauthausen und Auschwitz für jede Schulklasse, Gedenkspaziergänge zu Grazer Stolpersteinen) etc.

Ich hoffe auf eure Unterstützung, danke.

Originaltext des Zusatzantrages der Grünen:

Der Beschluss zur entschiedenen Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus – auch in der Artikulationsform des Antizionismus, der sich aktuell als israelbezogener Antisemitismus zu erkennen gibt – ist ein erster wichtiger Schritt zur Eindämmung der Feindschaft gegenüber Juden und Jüdinnen und dem jüdischen Staat Israel. Der Boykottkampagne BDS, in deren Bugwelle sich Antisemitismus erneut zu legitimieren versucht, wird eine entschiedene Absage erteilt.

Das Bekenntnis, Antisemitismus abzulehnen, kann jedoch nur der erste Schritt sein. Nach aktuellen Analysen und Umfragen hat die Feindschaft gegenüber Juden und Jüdinnen in den letzten Jahren massiv zugenommen. Vor allem im Internet findet eine Enthemmung statt, die sich in Gewaltphantasien, Verschwörungstheorien und Hassbekundungen äußert. Studien zeigen einen Anstieg antisemitischer Äußerungen in den Jahren 2007 bis 2017 von 7,1% auf 30,2%.

Anschläge auf Synagogen, wie jüngst in der Stadt Halle, häufen sich; zunehmend sehen sich als Juden und Jüdinnen erkennbare Personen Beschimpfungen und Angriffen in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Im Jahr 2017 wurden allein in Deutschland 1.504 antisemitische Straftaten registriert, bei 94 % geht die Polizei von politisch rechts motivierten Gegnern aus (Bericht Bundesministerium des Innern, 8. Mai 2018). Auch in Österreich ist nach wie vor der Antisemitismus von rechts vorherrschend, wie er beispielsweise im Zuge der Liederbuchaffären wiederholt zu Tage tritt.

Auch im muslimischen, insbesondere arabischen Milieu sind antisemitische Einstellungen zunehmend verbreitet.

Gegen alle diese Formen des Antisemitismus muss sich die Stadt Graz klar aussprechen und in der Folge auch Maßnahmen ergreifen, um antisemitischen Ressentiments mittels Aufklärung und Sensibilisierung der Boden zu entziehen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Zusatzantrag:

- 1. Städtische Dienststellen dürfen keine Veranstaltungen von Gruppierungen unterstützen, welche die Ziele der BDS-Bewegung („Boycott, Divestment, Sanctions“), des politischen Islams sowie rechtsextremer Gruppierungen verfolgen oder für diese werben.*

2. *Die Stadt Graz bekennt sich zur Erarbeitung und Finanzierung eines Workshop-Formats für Grazer Schulen und Jugendzentren zur Sensibilisierung gegenüber den verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus.*
3. *Die Stadt Graz bekennt sich zur Ausweitung des Angebots im Bereich Erinnerungs- und Gedenkarbeit (beispielsweise ZeitzeugInnen-Besuche und Besuche von Mauthausen und Auschwitz für jede Schulklasse, Gedenkspaziergänge zu Grazer Stolpersteinen).*

GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, meine Kolleginnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Tribüne, Herr Präsident. Ich glaube, man muss kurz zur Entstehung dieses Antrages kommen oder zur dieser Erklärung, zu dieser beabsichtigten, die vielleicht da oder dort tatsächlich unglücklich gelaufen ist. Warum? Wichtig wäre es gewesen, von Beginn an alle Fraktionen damit zu betrauen mit der Debatte, mit der Auseinandersetzung zu dieser Erklärung. Wir mussten aus der Zeitung erfahren, was die Stadt Graz, die offizielle Stadt Graz im nächsten Gemeinderat vor hat. Ja, das kann man als durchaus unglücklich bezeichnen im Verlauf. Jedoch muss ich schon sagen, dass ich froh bin, dass eine derartige Erklärung auf den Weg geschickt wird und hier heute behandelt wird, denn ich glaube, die Intention war doch, vom Präsident Elie Rosen auch und der Jüdischen Kultusgemeinde, letztendlich ein klares Signal zu bekommen vom offiziellen Graz, von einem Graz, das aus der Vergangenheit heraus schwer belastet ist, ich denke nur an die Stadt der Volkserhebung, glücklicherweise sind wir zur Stadt der Menschenrechte geworden. Ich glaube, wir haben eine große Verantwortung. In der großen Verantwortung ist mir völlig klar, dass wir nicht gleich sämtliche Bereiche, es sind ja umfassende Bereiche des Extremismus oder im Zusammenhang mit dem Antisemitismus, weil letztendlich führt ja der blanke Rassenhass und Rassenwahn letztendlich zum Antisemitismus auch. Das heißt, wir müssen hier viel mehr Bereiche beleuchten und das wird eine umfassende Aufarbeitungsarbeit sein und ich glaube,

dass es hier und heute darum geht, eben diesem Antisemitismus entgegenzutreten und auch einer Bewegung oder vielen Teilen der Bewegung, die offensichtlich klar dazu stehen oder in diese Richtung tendieren und das können wir als offizielles Graz hier nicht in dieser Form anerkennen und annehmen, sondern im Gegenteil, wir müssen hier entschieden dagegen auftreten und im Sinne der jüdischen Kultusgemeinde ein klares Signal, ein klares Zeichen setzen. Das ist absolut notwendig, das liegt nicht nur heute vor, sondern ich halte es für absolut notwendig, was ich aber auch für notwendig halte, ist tatsächlich die weitere Auseinandersetzung mit jeglichen Extremismen. Weil eines muss ich schon sagen, von welcher Seite es kommt, ist mir völlig wurscht, Extremismus ist absolut abzulehnen, Punkt. Ich glaube, wir tun hier gut daran, heute ein Startsignal zu setzen in diese Richtung und uns dann in weiterer Phase in Arbeitsgruppen, oder wie auch immer die Gruppen dann gebildet werden, mit Einbeziehung des Menschenrechtsbeirates, mit den Organisationen, den betroffenen, mit den gesamten hier vertretenen Fraktionen im Gemeinderat, ich halte das für absolut notwendig und wichtig, diesen Schritt weiter zu setzen. Hier heute mit diesem Schritt zu beginnen und ich kann an dieser Stelle auch sagen für unsere Fraktion, daher werden wir auf unseren Zusatzantrag in diesem Sinne verzichten, der hier noch den Extremismus nicht nur von linker Seite, sondern auch von rechter Seite beleuchtet hätte und die Identitären hier mithineingenommen hätte. Daher werden wir darauf verzichten, weil wir hier extra in weiteren Arbeitsgruppen und Runden dazukommen werden, uns auch mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. In diesem Sinne würde ich auch alle ersuchen, obwohl ich auch verstehen kann, dass die Grünen hier lieber das noch verschieben würden. Ich halte auch nichts vom Verschieben. Wir haben uns hier geeinigt, ich glaube, der Präsident und die Jüdische Kultusgemeinde will hier ein klares Signal und nicht darauf warten und hier heute ein klares Signal bekommen, das werden wir ihnen auch geben und dem selbstverständlich nachkommen und dann in weitere Folge uns mit diesen Themen weiter auseinandersetzen, um nicht wieder zu unrühmlichen Titeln zurückzukommen, sondern die Stadt der Menschenrechte und eine offene liberale und demokratische und weltoffene Stadt zu bleiben. Danke.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde auch gerne noch etwas dazu sagen. Weil jetzt öfters das Wort „verschieben“ gefallen ist. Unserer Fraktion war es jetzt nicht so wichtig, das grundsätzlich zu verschieben, aber es war einfach, und der Michi Ehmann hat das im Vorfeld schon auch erklärt, es war wirklich eine Diskussion in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und mit unterschiedlichem Informationsstand und das war bis zum Ende, nämlich bis zuletzt, gestern am Abend, aus unserer Perspektive nicht zufriedenstellend, weil es eben ein viel zu ernstes Thema ist, ein Thema, von dem es von Anfang an wünschenswert gewesen wäre, wir wären alle an einem Tisch gesessen und hätten zur gleichen Zeit den gleichen Informationsstand, nämlich über die Beweggründe, die ich sehr wohl nachvollziehen kann und deswegen wird meine Fraktion auch zustimmen, die Beweggründe, dieses BDS-Stück jetzt hier einzubringen, aber auch über alle anderen Formen des Antisemitismus in Österreich zu reden. Es war uns ein Anliegen, diese Formen des Antisemitismus gerade in unserer Stadt, gerade, wie der Michi Ehmann auch wieder betont hat, in einer Stadt wie Graz, wo wir eine besondere Verantwortung tragen, nicht unbenannt zu wissen. Deswegen hat mich Ihr Zwischenruf, Kollege Eustacchio, schon sehr irritiert in Bezug auf die Stellungnahme zur Geschäftsordnung von Karl Dreisiebner, weil ich würde mir wünschen, das gerade in diesem Zusammenhang Sie nicht diesen Schritt in die Öffentlichkeit gesetzt hätten, um da billige Punkte zu machen. Nämlich letzte Woche in der Kleinen Zeitung, gerade von Ihrer Seite. Man muss es benennen in diesem Zusammenhang, nämlich, woher kommt Antisemitismus in letzter Zeit und über welche Form von Antisemitismus neben dem BDS diskutieren wir in Österreich? Wir hatten zuletzt die Liederbuchaffäre und ich finde Affäre ist in diesem Zusammenhang fast verharmlosend, wenn man diese grausigen Texte und Bilder nähergebracht bekommt und sieht, was in diesen Liederbüchern stand. Wir hatten erst gestern den Fall eines FPÖ-Chefs in Loosdorf, Niederösterreich, der wegen des Hitlergrußes zurücktreten musste. All diese Dinge muss man auch benennen und deswegen befürworte ich und wünsche mir auch gemeinsam mit meiner Fraktion, dass diese Diskussion intensiv weitergeführt wird, welche anderen Formen von Antisemitismus in unserer Gesellschaft noch immer Platz

haben. Leider, beschämenderweise. Trotzdem wird unsere Fraktion diesem Antrag zustimmen. Wir haben einen Zusatzvorschlag gemacht, wir haben auch den Vorschlag gemacht, die Sache weiter zu diskutieren. Wir werden gemeinsam in Graz anderen Städten folgen, München, Berlin, in Wien hat es Anträge dazu gegeben, aber mir war es nur wichtig, das noch einmal in diesem Zusammenhang zu sagen, weil es einfach nicht außen vor bleiben sollte und auch nicht ablenken von allen anderen Formen des Antisemitismus in unserer Gesellschaft.

StR Hohensinner:

Ich darf anschließen bei den Worten von Michi Ehmann, der gesagt hat, jeglicher Extremismus ist abzulehnen, Punkt. Ich glaube, da stimmen auch alle Fraktionen dem überein, aber es ist auch wichtig, dass man Problemstellungen rund um BDS benennt und dass wir uns da entschieden dagegen erklären, ähnlich wie es Berlin, Wien oder ganz Deutschland bereits gemacht haben. Ich möchte an dieser Stelle aber auch bei der Frau Gemeinderätin Wutte etwas aufnehmen. Ja und wir sollten wirklich alles daransetzen, dass unsere Kinder in den Bildungseinrichtungen mitbekommen, dass es nicht nur die eine richtige Religion gibt, sondern dass es verschiedene anerkannte Religionsgemeinschaften gibt und dass man gegenseitig auch bereichernd unterwegs sein kann. Ich habe mich wirklich bemüht in den letzten 6 Jahren, gerade diese Projekte in unseren Schulen auszubauen und da möchte ich auch einige anführen. Wir haben gemeinsam mit Elie Rosen, mit dem Herrn Präsidenten, allen Viertklasslern ermöglicht, die Synagoge zu besuchen, zu dem Projekt stehe ich, das ist ganz wichtig mit unserer Geschichte, dass wir dieses Projekt weiterführen. Wir zwingen natürlich niemanden dazu, aber es tut, so glaube ich, jedem Kind gut, diese Geschichte auch kennenzulernen und dieses Projekt werde ich auch weiter finanzieren. Wir haben das Projekt Perspektivenwechsel, wo man auch Sachen klar anspricht, auch genau hinschaut, wenn einzelne junge Menschen dann unter Umständen auch schon ein wenig auf einer falschen Fährte unterwegs sind. Wir haben das Projekt „Wir sind

Graz“, das gibt es jetzt schon über ein Jahrzehnt in Graz mit dem Herrn Ehtreiber, der mit den unterschiedlichsten Organisationen versucht, alle Religionsgemeinschaften den Kindern nahezubringen. Also es werden verschiedene Kirchen besucht, auch die Moschee, die Synagoge, das ist ein gutes Projekt. Wir haben die Extremismuspräventionsstelle gemeinsam mit dem Land Steiermark eingerichtet, wo man als Elternteil, wenn man besorgt ist, dort anrufen kann, aber auch als PädagogIn, wenn man irgendwie merkt, ein Kind ist da ein wenig komisch unterwegs und man bekommt dann wirklich ein passgenaues Angebot, dass man schon wirklich alles am Anfang in die richtige Bahn lenken kann, dass es gar nicht zu Extremismus kommt. Mir ist es auch wichtig, ich stehe dazu, ihr wisst das, dass in unseren Bildungseinrichtungen die christlichen Feste gefeiert werden. Das ist von mir ein ganz klares Bekenntnis, dass ich das haben möchte, aber es ist auch wichtig, dass wir die Feste anderer Religionen den Kindern nahebringen und da möchte ich das noch einmal unterstreichen, was ich eingangs gesagt habe: Wenn die Kinder von klein auf mitbekommen, dass es nicht nur ihre eigene Religion gibt, dann haben wir in der Integration wirklich schon den ersten Schritt geschafft und dann werden wir uns hoffentlich in weiterer Folge, wenn die Kinder größer sind, respektieren und dann werden wir auch ein gutes Miteinander in unserer Stadt zusammenbringen. Aber ich bitte alle Fraktionen, es gibt ein Problem mit BDS, es gehört thematisiert, angesprochen und ich bitte wirklich, dass wir möglichst heute einstimmig diesen Beschluss zusammenbringen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren der Stadtregierung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr verehrte Gäste. Herr Präsident, heute wirst du öfters bemüht, aber sei uns herzlich willkommen. Als ich vor genau 11 Jahren in die Politik gekommen bin aus unterschiedlichsten Gründen, war auch einer meiner ersten Wege zur Israelitischen Kultusgemeinde, um einfach einmal auch klar zu machen, wie die FPÖ zur Kultusgemeinde, zum Judentum steht. Nicht in einer Form der Anbiederung, sondern in der Form, dass man sagt, ich möchte, dass die Gemeinde weiß, wie wir

denken, wie wir ticken und ich einfach ein offenes Gespräch gesucht habe und wollte. Das ist gelungen und das gelingt bis heute. Deswegen war es auch im Rahmen einer Veranstaltung, wo der Herr Präsident gesagt hat, es wäre ein schönes Zeichen, wenn die Stadt Graz dem Beispiel anderer Städte, anderer Länder folgt. Herr Bürgermeister und ich und natürlich unsere Fraktionen haben sofort gesagt, das machen wir sehr gerne, wir müssen nur eine Form finden, wie wird das vollzogen und wir haben natürlich damit auch versucht, diesem Beispiel zu folgen und haben uns diese Unterlagen geholt, die Argumente geholt und die sind hier eingeflossen in den Antrag, der heute gestellt wird. Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt hier hergehen, so wie es die Frau Kollegin Schwentner gemacht hat, und sehr polemisch auf das Ganze antworten und dort hinhauen und da hinhauen und ich sage Ihnen, das mache ich natürlich nicht, weil dieses Thema so wichtig ist und weil das Thema nicht dazu da sein darf, dass hier politisches Kleingeld gewechselt wird. Deswegen freue ich mich und erkläre ich ganz explizit, ich freue mich über diesen Antrag, der uns Verpflichtung ist und wenn wir den heute stellen und durchbringen, alle anderen Debatten können hintangestellt werden. Ich freue mich, dass ich mit meiner Fraktion diesen Antrag unterstützen darf und bin stolz drauf.

Bgm. Mag. Nagl:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hoher Gemeinderat, Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren. Als Präsident Elie Rosen sein Amt hier in Graz angetreten hat, die Verantwortung übernommen hat, hat er mich eigentlich sehr überrascht und unglaublich positiv beeindruckt, weil schon in den ersten Gesprächen und in ersten Veranstaltungen klar war, dass er gesagt hat, es ist auf der einen Seite wichtig, dass wir das niemals vergessen, was passiert ist, auf der anderen Seite hat er, seitdem er da ist, immer wieder gesagt, das was ich mir wünsche und das was sich auch hoffentlich auch alle in Graz wünschen ist, dass das jüdische Leben mit all seiner Freude, mit all seinen Beiträgen in dieser Stadt wieder lebendig wird und das betrachte ich als das Allerwichtigste und ich stelle es ganz bewusst vorne hin, weil ich mir einige

Argumente für heute herausgesucht habe, warum wir diesem Antrag zustimmen sollten. Es sind 10 Argumente. Es ist außer Streit zu stellen, dass der Antisemitismus in Europa speziell in großen Städten und in den letzten Jahren zugenommen hat.

Anschläge und Übergriffe unter anderem in Belgien, in Frankreich, in Deutschland sind uns allen in Erinnerung. Heute sind schon Zahlen genannt worden von ganz rechts, von ganz links, als importierter Antisemitismus, als Folge auch von Migrationsbewegungen der letzten Jahre. Im Speziellen unter Ausnutzung der sogenannten sozialen Medien, die ich ja immer stärker als unsoziale Medien tituliere.

Zweitens, rund drei Viertel unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Österreich sehen darin ein sehr großes bzw. ein ziemlich großes Problem. Daher müssen wir nicht einmal unsere besondere historische Verantwortung bemühen - die kommt nur noch dazu -, um politischen Handlungsbedarf abzuleiten. Wenn wir heute gegenüber BDS klar Stellung beziehen, ist dies vor allem auch ein Zeichen der Solidarität gegenüber der jüdischen Gemeinschaft bei uns! Jetzt darf ich auch schon das sechste Lebensjahrzehnt Erdenbürger sein und ich kann mich von klein auf nur erinnern, aus dem Fernsehen Leid, Krieg und Hass im Nahen Osten zu erleben. Es ist Leid auf palästinensischer Seite, Leid auf israelischer Seite. Die Familien leiden darunter und die Politik im Nahen Osten und die Politik weltweit hat das leider bis heute nicht zustande gebracht, zu einer Befriedung in dieser Zone zu kommen. Ich möchte auch als Bürgermeister dieser Stadt mit dieser historischen Verantwortung auch am heutigen Tag ganz klar und explizit sagen, diese Stadt darf heute und auch in Zukunft auf keinem einzigen Auge blind sein, wenn es um das Thema Antisemitismus, Hass geht. Das wurde heute auch schon vom Herrn Klubobmann Michi Ehmann gesagt, dass wir seit 20 Jahren versuchen, das Gegenteil von dem zu sein, was wir 1939 waren, nämlich Stadt der Menschenrechte.

Warum geht es heute nur um die BDS-Bewegung, und nur um sie? Hat sie doch ein international gut vernetztes Lobbying, das uns von ihrer Friedfertigkeit und von ihrer humanitären Solidarität mit dem palästinensischen Volk überzeugen will.

Das Anne-Frank-Zentrum für politische Bildung in Hessen kommt hier zu einem ganz anderen und vor allem faktenbasierten Befund:

Die BDS-Forderung nach einem uneingeschränkten Rückkehrrecht der rund 5 Millionen Nachfahren der vor 70 Jahren aus dem völkerrechtlich legitimiert gegründeten Staat Israel geflüchteten Palästinensern würde nicht Frieden, sondern Krieg bedeuten.

Abgesehen davon, dass ein Gebiet wie Niederösterreich, von der Größe her, eine solch große Ansammlung von Menschen nicht beherbergen könnte.

Die BDS-Bewegung rechnet das Scheitern der bisherigen Friedenbemühungen im Nahen Osten ausschließlich Israel zu. Die Vergleiche Israels mit Südafrika und der Politik des Nationalsozialismus sind für mich menschenverachtend. Zwei klare Antworten, das Stichwort Südafrika: Die arabische Bevölkerung in Israel kann studieren, wählen, Partnerschaften mit jedermann und jederfrau eingehen. Und zum Stichwort Nationalsozialismus und Nazideutschland, der leider auch von Seiten des BDS geführt wird, kann ich nur sagen, dass es in den besetzten Gebieten (Westbank, Gaza) keinen Genozid gibt, keine Massenmorde, keinen mörderischen Arbeitszwang. Wenn die Helden des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus heute von manchen BDS-Aktivisten mit den Terroristen von Hamas und Hisbollah verglichen werden, ist das historisch unhaltbar und auch schäbig. Den Forderungen der BDS nach einem Boykott israelischer Waren (Kauft nicht bei Juden!), ich sage das so deutlich, weil das für mich der Vergleich ist, und israelischer Wissenschaftler sowie der Ächtung von Künstlerinnen und Künstler, die in Israel auftreten, wie es in den USA, in Großbritannien und zum Teil auch schon in Deutschland geschehen ist, muss ein unmissverständliches Zeichen unserer Stadt entgegengesetzt werden. Was heute für Graz beschlossen wird, haben sinngemäß der Deutsche Bundestag, einige deutsche Bundesländer, insbesondere aber auch Berlin und Wien bereits vollzogen. Und es sollte sich schon herumgesprochen haben, dass beide Hauptstädte auch „links“ regiert werden.

Besonders interessant ist hier das Beispiel der Stadt Wien, die bereits im Jänner 2015 die sogenannte „Wiener Erklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus“ verabschiedet hat, aber damit anscheinend sichtlich zu allgemein geblieben ist. So wie wahrscheinlich

auch unsere Menschenrechtserklärung zur Menschenrechtsstadt zu allgemein ist und wir heute aufgrund der Vorkommnisse und der Bedrohungs-Szenarien einfach auch neue Beschlüsse dazu fassen sollten.

Die Stadt Wien, so hat sie es beschlossen von allen Parteien, die Stadt Wien verurteilt den weltweit verbreiteten Antisemitismus aufs Schärfste, stellt sich gegen die antisemitische BDS-Kampagne, stellt städtische Räume nicht für BDS-Kampagnen oder Veranstaltungen, Ausstellungen oder Demonstrationen zur Verfügung, welche die Ziele der BDS verfolgen, unterstützt keine Veranstaltungen, die für BDS werben. So das Land und die Stadt Wien.

Manche werden dem vielleicht entgegenhalten, dass es auch in der Wissenschafts-Community unterschiedliche Einschätzungen der BDS gibt. Wir haben die Debatte auch schon in unserem Menschenrechtsbeirat. Das liegt natürlich zum einen darin, dass auch hier ideologische Interessenslagen gegeben sind, ich komme im nächsten Punkt noch darauf zu sprechen, zum anderen schafft es die BDS als informelle Bewegung natürlich auch, mit höchst unterschiedlichen Stimmen aufzutreten. Politik soll und muss aber entscheiden! Gerade in solchen Fragen wird es immer unterschiedliche Ansichten geben. Und bloß, weil sich die BDS in ihrer Eigendarstellung als ungefährlich präsentiert, können wir nicht aufhören, Gefahren rechtzeitig als Gefahren zu benennen.

„Wissenschaftliche Community“ als Anwälte der BDS (Abgesehen davon, dass schon rein quantitativ die Stimmen gegen die BDS häufiger zu finden sind, als die Stimmen pro BDS): Das Grundargumentationsmuster ist hier immer das gleiche: Man dürfe Antisemitismus nicht mit einer vermeintlich oder real berechtigten Kritik am Staat Israel verwechseln. Jetzt sei einmal außer achtgelassen, dass in manchen Kreisen ohnehin jede Regierung, die ohne Linksparteien auskommt, illegitim ist. Um es klar festzuhalten: Natürlich ist auch die israelische Politik, wie jede andere auf dieser Welt uneingeschränkt kritisierbar. Nur Israel ist in der Region die einzige Demokratie westlichen Zuschnitts. Zugleich ist das Land von Staaten umgeben, zu deren Staatsräson gehört, das Existenzrecht Israels zu bestreiten, die zum Teil sogar in einer Art „kalten Kriegszustand“ zu Israel stehen. Und hier gibt es von der BDS keine

unmissverständliche Distanzierung zu Parolen wie „Palestine should be free from the river (Jordan) to the sea (Mittelmeer)“. Gemeint ist, Jordan bis zum Mittelmeer und das ist eindeutig. Da wird selbst das von der EU als wichtiger Gradmesser zur Unterscheidung von Antisemitismus von Israelkritik verwendet und auf Natan Scharanski zurückgehende 3-D-Konzept (Antisemitismus geschieht dort, wo Israel dämonisiert, delegitimiert und mit Doppelstandards bewertet wird), als unbrauchbar zurückgewiesen. Richtig ist eben nur, was ins eigene Weltbild passt. Wir Politikerinnen und Politiker sollten damit behutsam umgehen.

Ein Wort zu den Verschwörungstheorien der BDS, dass sich ihre Kritiker in Europa von der israelischen Politik instrumentalisieren lassen, weil ich auch einige Schreiben bekomme habe, Herr Bürgermeister, lassen Sie sich nicht instrumentalisieren. Hatten wir das nicht schon einmal, dass vom viel zu großen Einfluss der Juden bei uns gesprochen wurde? Wenn wir auf manche US-amerikanischen Universitäten, vor allem aber zur englischen Labour Party schauen, ist ja viel mehr das Gegenteil evident: Hier lassen sich Jeremy Corbyn und viele seiner Freunde von der Politik der Palästinenser instrumentalisieren. Kein Zufall, wie auch die BDS in den regelmäßigen Rankings des internationalen Simon-Wiesenthal-Centers in Sachen Antisemitismus ganz vorne stehen.

Diese klare Haltung gegen die BDS ist auch ein wichtiges Zeichen gegen die Verharmlosung des linken Antisemitismus in Europa. Ich habe es heute sehr beachtlich gefunden, dass Frau Gemeinderätin Wutte in dieser Deutlichkeit auch darauf aufmerksam gemacht hat. Ich ziehe den Hut. Seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 gibt es durchgehende Israel-Kritik in Teilen der internationalen Linken, die mit antikapitalistischen Stereotypen und antizionistischen Parolen ihren Antisemitismus zu verschleiern versuchen.

Selbst Jutta Ditfurth sprach sich 2018 in Frankfurt dafür aus, innerhalb der politischen Linken verstärkt die Konfrontation mit antisemitischen Positionen zu suchen. Hier forderte sie in erster Linie die Aufkündigung linker Solidarität mit der BDS-Kampagne, die mittlerweile auch an deutschen Universitäten angekommen sei und mit der antisemitischen Hamas kooperiere.

Bernard-Henri Levy, einer der herausragenden Denker unserer Zeit, hat darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus „die Mutter allen Hasses“ sei und die BDS-Bewegung und mit ihr der Antizionismus insgesamt im Gegensatz zum rechten Antisemitismus noch nicht so gut bekannt und deshalb jetzt auch besonders beachtenswert sei. Das hat er auch in einem ORF-Interview im Februar 2018 gesagt. Dieser Bericht an den Gemeinderat ist somit auch ein Schritt, um BDS und sein Wirken in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Allein, wenn es wieder wie zuletzt in St. Peter mit BDS-Parolen beschmierte Plakate gibt und die vorbeigehenden Grazerinnen und Grazer überhaupt einmal wissen, was hier dahintersteckt, wenn wir das schaffen, haben wir schon viel erreicht. Ich betone noch einmal, heute dem Wunsch der Israelitischen Kultusgemeinde von Graz und seinem Präsidenten zu entsprechen und zu beschließen. Mit dem Menschenrechtsbeirat, mit Vertretern der jüdischen Gemeinde, mit dem Präsidenten, auch künftig daran zu arbeiten, dass Bedrohungsszenarien verschwinden und dieses von Ihnen gewünschte freudige jüdische Leben in Graz ohne Ängste auch gelebt werden kann. (*Appl. allgem.*)

StR Mag. Krotzer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, werter Herr Präsident Rosen, werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie. Es ist mir doch eines auch im Namen meiner Fraktion, der Kommunistischen Partei, doch noch sehr entscheidend, darauf hinzuweisen, wenn wir über Antisemitismus sprechen, und ich habe mir in Anbetracht des vergangenen Freitags, des 9. Novembers, auch ein Dokument herausgesucht, was die Kommunistische Partei Deutschlands im November 1938 zur sogenannten Reichspogromnacht herausgegeben hat und nicht nur herausgegeben, sondern, und das ist, so glaube ich, eine ganz entscheidender Punkt, sondern auch über ihre Untergrundorganisationen in ganz Deutschland und natürlich auch in der sogenannten Ostmark verbreitet hat unter Lebensgefahr von tausenden und zehntausenden Mitgliedern der Kommunistischen

Partei bzw. der Kommunistischen Parteien, es hat ja auch die Kommunistische Partei Österreichs gegeben und die hat im November 1938 erklärt und dieses Flugblatt auch unter Lebensgefahr an die Bevölkerung gebracht, hier steht: „Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker, erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben. Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewussten Deutschen mit dem Appell: Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln, isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volke. Klärt die Rückständigen und Irreführten, besonders die missbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf. Die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen. Gegen die mittelalterliche, barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb Fichtes von der Gleichheit allen dessen, was Menschenantlitz trägt.

Diese Erklärung ist tausendfach verteilt worden. Viele weitere Erklärungen gegen Faschismus, gegen Rassismus, gegen Antisemitismus sind unter Lebensgefahr auch von der Kommunistischen Partei Österreichs, der wir ja bis heute angehören, verbreitet worden. Über 2.300 Mitglieder der Kommunistischen Partei Österreichs sind während der NS-Herrschaft in Österreich hingerichtet worden für ihre Widerstandstätigkeit, unter ihnen auch sehr viele Menschen jüdischen Glaubens. Ich darf an dieser Stelle auf zwei herausragende Persönlichkeiten unserer Partei hinweisen. Das ist zum einen unser langjähriger Landesvorsitzender und späterer Ehrenvorsitzender der KPÖ Steiermark Willi Geisch, seines Zeichens während der NS-Zeit verfolgt gewesen, sowohl als Kommunist als auch nach den Nürnberger Rassengesetzen als sogenannter Halbjude. Eine zweite herausragende Persönlichkeit aus unserer Geschichte ist Franz Leitner. Franz Leitner ebenso kommunistischer Widerstandskämpfer, inhaftiert, im

Konzentrationslager Buchenwald, und dort hat er als Blockältester über 400 jüdischen Kindern das Leben retten können. Er ist dafür auch vom Staat Israel als einer der Gerechten unter den Völkern ausgezeichnet worden. Das vielleicht auch als wichtige Bemerkung, wenn wir über Antisemitismus sprechen, weil ich möchte das doch auch in der Deutlichkeit sagen, dass insbesondere in den Großparteien nach 1945 zahlreiche schwerstens belastete NSDAP-Mitglieder, SA-Mitglieder, SS-Mitglieder, die auch mit Blutschuld beladen gewesen sind, in diesen Parteien wieder Unterschlupf gefunden haben, während eben genau Menschen, die vom NS Regime verfolgt wurden, hier die Geschichte der Kommunistischen Partei mitgeprägt haben. So viel zum Thema auch der historischen Verantwortung, die wir hier als KPÖ haben. Was die weiteren inhaltlichen Punkte betrifft, hat mein Kollege Manfred Eber auch schon einiges ausgeführt. Dankeschön.

Bgm. Nagl:

Herr Stadtrat, ich war ja schon über die Ausführungen im Stadtsenat verwundert, weil Sie uns quasi im Stadtsenat vorgehalten haben uns Stadtregierungskollegen, ob wir denn nicht die Ziele von BDS kennen und haben Sie uns dann auch noch aufgezeigt. Schon der erste Punkt beinhaltet halt einmal, dass Gebietsansprüche gestellt werden und aus diesem Grund ist es abzulehnen. Sie haben heute die Geschichte bemüht und selbstverständlich gab es in allen Lagern Menschen, die geholfen haben.

Selbstverständlich gibt es viele kommunistische Freiheitskämpfer, bis zur Frau Cäsar, die ich miterleben durfte auch viele Jahre, als wir zur Hinrichtungsstätte in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße gegangen sind. Das was mich wundert ist, dass man jetzt aus meiner Sicht versucht zu entschuldigen, wieso man heute nicht dabei ist. Wenn man die Historie bemüht, dann sage ich jetzt auch einmal etwas, was vielleicht nicht uninteressant ist, es gibt eine Ausstellung im Jüdischen Museum in Wien, im Herbst 2017 war sie, die thematisierte nicht nur den Antisemitismus in der Folge der russischen Oktoberrevolution, sondern auch dessen Nachwirkungen für die KPÖ bis in

die Nachkriegsjahre. Bei einer von den Kommunisten angeführten Hungerdemonstrationen in Bad Ischl 1947 war von einer Flüchtlingsunterkunft unter anderem: „Schlag die Juden tot“, „Hängt die Sau-Juden auf“ zu hören. Dies ist umso bemerkenswerter, da zu diesem Zeitpunkt die Kommunisten eine führende Rolle in der Israelitischen Kultusgemeinde gespielt haben. Nach der berechtigten Kritik jüdischer Vertreter an dieser kommunistischen Agitation hat die KPÖ ihre Mitglieder der Kultusgemeinde angewiesen, diese auch zu verlassen. Das gehört auch gesagt an diesem Tag. Ich bitte euch noch einmal, es wäre ein großartiges Zeichen, wenn dieser Gemeinderat einstimmig beschließt, heute das Vorgehen und auch Ziele der BDS zu verurteilen und zu sagen, in der Form nicht. Sich mit allen an den Tisch zu setzen, um es vielleicht irgendwann einmal zu schaffen, von Graz aus werden wir es nicht können, dass diese Welt dort befriedet wird im Nahen Osten, aber dass wir hier in Graz diese Konfrontationen nicht haben und dass die jüdischen Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt das Gefühl haben, sie werden von der ganzen Stadt Graz auch angenommen und sie dürfen dieses Leben leben.

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) abgelehnt.

GR **Eber**: Ich ersuche um getrennte Abstimmung.

Nagl: Der Herr Gemeinderat beantragt eine punktuelle, getrennte Abstimmung. Wer dafür ist bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag auf getrennte Abstimmung wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) abgelehnt.

Das Stück wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

StR **Kahr** zur Geschäftsordnung:

Wir haben im Stadtsenat genauso um getrennte Abstimmung ersucht, logischerweise, weil es um den Punkt 3 geht und genauso ist es logischerweise.

Nagl:

Ja, das ist richtig, der Stadtsenat ist diesem Wunsch nachgekommen, der Gemeinderat ist diesem Wunsch nicht nachgekommen.

Vielleicht darf ich noch etwas anmerken. Der Vorsitzende kann auch darüber bestimmen, aber ich habe das auch als Antrag zugelassen. Der Gemeinderat hat entschieden, deswegen jetzt bitte das gesamte Stück abzustimmen.

Eine Stimmenthaltung ist eine Gegenstimme, so ist das in unserer Geschäftsordnung geregelt. Ich danke dem Herrn Präsidenten, dass er dieser Diskussion im Gemeinderat beigewohnt hat und habe, so glaube ich, ein klares Signal abgegeben.

Es gibt auch noch einen Zusatzantrag der Grünen Fraktion, wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand, auch hier war der Wunsch nach getrennter Abstimmung. Wer ist für die getrennte Abstimmung?

Der Antrag auf getrennte Abstimmung wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) abgelehnt.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Berichterstatterin: StRⁱⁿ Kahr

**9.12 Stk. 10) A 10/BD - 101943/2019-001 Grundsatzbeschluss „Radoffensive Graz“,
A 10/8 - 101945/2019-001 Ausarbeitung einer Fördervereinbarung
A8 - 119719/2018-47 mit dem Land Steiermark in Höhe von
100.000.000 €**

Kahr:

Sehr geehrte Damen und Herren. Die Aufmerksamkeit ist jetzt natürlich, weil der Tagesordnungspunkt zuvor recht lange gedauert hat, nicht mehr so gegeben. Nichtsdestotrotz ist das ein sehr erfreuliches und gutes Stück und ich darf dazu wie folgt Stellung nehmen und ein paar persönliche Worte verlieren. Wie Sie wissen, ist es noch nicht so lange her, dass die Stadt Graz und das Land Steiermark in Person des Herrn Bürgermeisters Nagl und Landesrat Lang eine Fördervereinbarung für eine Radoffensive vereinbart haben. Diese mehr als erfreuliche Bekanntgabe ist mittlerweile in einem Beschluss der Landesregierung am 19. Oktober unter dem Titel „Radverkehrsoffensive Großraum Graz“ und auf Basis der Radnetzstudie“ Steirischer Kernballungsraum“ gemündet. Mit einem Fördervertrag über 100.000.000 € im Verhältnis einer Kostenbeteiligung von Stadt und Land zu je 50 % für die Jahre 2021 bis 2030. Das nunmehr hier dem Gemeinderat vorgelegte Stück, das die Ausarbeitung der Fördervereinbarung mit dem Land zum Ziel hat, soll nun spiegelbildlich für die Stadt die Umsetzung dieser Summe in die Wege leiten. Die Leistungsfähigkeit, meine Damen und Herren, in Graz und im Großraum Graz stößt, wie wir wissen, an seine Grenzen und wir haben mit einem prognostizierten Bevölkerungszuwachs bis zu 20 % für die Stadt Graz und Umland bis 2030 zu rechnen. Dieser ungebrochene Trend und das damit einhergehende steigende Mobilitätsbedürfnis macht es unter anderem aus umweltpolitischen Gründen notwendig, auf emissionsreduzierende Technologien, verstärkt aber auf Änderungen im Mobilitätsverhalten zu setzen. Eine Verlagerung des innerstädtischen Verkehrs auf das Fahrrad bedeutet ein enormes Potential und erhöht auch die Kapazitäten im Verkehrssystem insgesamt. Ein anderer Umgang mit Mobilität und die Verlagerung hin zu Umweltverbund und aktiver Mobilität, also Radverkehr und

Zu-Fuß-gehen, ist notwendig, wenn wir die Klimaziele erreichen sollen. Allein die Tatsache, dass im Grazer Stadtgebiet täglich rund 370.000 Wege von Grazerinnen und Grazern mit dem PKW zurückgelegt werden, zeigt vor allem auf kurzen Distanzen große Verlagerungspotentiale auf. So gesehen ist diese Radoffensive Teil der Bemühungen, Alternativen zum Auto massiv auszubauen und Hand in Hand mit steuernden Maßnahmen der Stadt- und Raumplanung noch deutlicher zu fördern. Dazu gehören auch der Ausbau des S-Bahn-Angebotes, Verbesserungen zugunsten aktiver Mobilitätsarten wie eben des Radverkehrs im Sinne eines Alltagsverkehrsmittels, auch über die Stadtgrenzen in das Umland hinaus. Die Radverkehrsoffensive hat nicht das Ziel, das Auto aus der Stadt zu verbannen, jedoch sollen durch die Attraktivierung von Angebotsalternativen und Anreize zum Wechseln auf sanfte Verkehrsmittel verstärkt Anstöße gesetzt werden. Das ehrgeizige Ziel laut Radverkehrsstrategie des Landes ist es, den derzeitigen Radverkehrsanteil der Stadt Graz, der durchwegs schon sehr hoch ist mit 19,3 %, bis 2025 noch zu verdoppeln. Zumal die Umsetzung dieser wichtigen Ziele auch ein wichtiger Beitrag im Sinne der Vorgaben durch die EU ist, wird für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur im Großraum Graz auch eine Co-Finanzierung durch den Bund bzw. die Europäische Union angestrebt. Diese Studie soll in der Endfassung Anfang 2020 vorliegen und zwar die Ragnitz-Studie „Steirischer Kernballungsraum“. Jedenfalls sind aber enthalten in dem heutigen Stück folgende Punkte: Kategorisierung des Radverkehrsnetzes in A-, B- und C-Strecken, je nach überregionaler, regionaler und lokaler Bedeutung mit entsprechenden Linienführungen Querschnitten und Ausbauqualitäten. Die Schaffung, bzw. der Ausbau einer qualitätsvollen Parkinfrastruktur, auch von Parkgaragen in der Innenstadt, Verbesserungen der Sicherheitstechnik an Abstellanlagen, flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Bikes, Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Vorgaben des Landes sind schlüssig, wenn auch, wie gesagt, in Form der Ragnitz-Studie noch in Ausarbeitung ist, anmerken möchte ich jedoch auch noch eines: Der größte Bedarf liegt aus unserer Sicht entlang der Hauptverkehrsstraßen in die Stadt und in der Stadt geortet, die Umsetzbarkeit beginnend bei der Flächenverfügbarkeit ist hier aber natürlich eine ganz besondere

Herausforderung. Dass einige der erwähnten Maßnahmen natürlich auch zu adaptieren sein werden, etwa sinnvoll und bedarfsgerecht unterirdische Garagen für Radfahrerinnen anzubieten oder eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Bikes. Aus meiner und unserer Sicht ist dieser in Aussicht gestellte finanzielle Rahmen, er würde bei voller Ausschöpfung in etwa eine Vervier- bzw. Verfünffachung des derzeitigen Radverkehrsbudgets bedeuten natürlich mehr als positiv. Auf jeden Fall aber Ansporn und Hoffnung, nun tatsächlich auch größere Projekte angehen und auch umsetzen zu können. Für diese Bemühungen möchte ich mich natürlich selbstverständlich bei allen Abteilungen in der Stadt Graz und auch im Land Steiermark bedanken sowie bei Herrn Bürgermeister Nagl und Stadtrat Riegler für die Finanzierungszusage und natürlich auch beim Personalstadtrat Vizebürgermeister Eustacchio für die bereits öffentlich zugesagte personelle Unterstützung im Verkehrsplanungsamt, ohne die klarerweise ein Volumen von derartigem Ausmaß für eine Radverkehrsoffensive nicht in diesem gewünschten Ausmaß angegangen werden könnte. Deshalb stelle ich im Namen des Ausschusses folgenden Antrag hier im Gemeinderat:

1. Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt.
2. Die Finanzdirektion wird beauftragt, die für die einzelnen Projektgenehmigungen der Radoffensive Graz benötigten Finanzmittel dem Investitionsfonds zu entnehmen und die einlangenden Landesförderungen dem Investitionsfonds gutzuschreiben.
3. Die Stadtbaudirektion wird gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung und der Finanzdirektion beauftragt, eine Fördervereinbarung mit dem Land Steiermark in der Höhe von € 100.000.000,00. - auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt.
2. Die Finanzdirektion wird beauftragt, die für die einzelnen Projektgenehmigungen der Radoffensive Graz benötigten Finanzmittel dem Investitionsfonds zu entnehmen und die einlangenden Landesförderungen dem Investitionsfonds gutzuschreiben.
3. Die Stadtbaudirektion wird gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung und der Finanzdirektion beauftragt, eine Fördervereinbarung mit dem Land Steiermark in der Höhe von € 100.000.000,00. - auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen

Bgm. Nagl:

Ich danke vielmals, Frau Stadträtin. Meine geschätzten Damen und Herren. Das ist kein normales Gemeinderatsstück. Das ist ein Stück, das es in so einer Form überhaupt noch nie gegeben hat. Es gibt ja manchmal bei der Medienberichterstattung oder auch in der politischen Diskussion die Mär, dass die schwarz-blaue Regierungskoalition nur ein Ziel gehabt hätte, der Verkehrsstadträtin dieses schwierige Amt zu übertragen und sie dann möglichst auszuhungern und nicht zu unterstützen. Mit diesem Stück beweisen wir genau das Gegenteil. Noch nie hat jemand, der für den Verkehr in der Stadt Graz zuständig ist, solch eine Summe Geldes versprochen bekommen, das wir mit dem Land gemeinsam erkämpft haben. Ich möchte heute hier, und das möchte ich nicht verabsäumen, deswegen melde ich mich zu Wort, dem Herrn Landesrat Anton Lang danken, dass in der Kooperation mit ihm als Verkehrsreferent des Landes Steiermark und auch als Finanzreferent, was sich manchmal glücklicherweise fügt, ein Partner für diese Stadt gefunden wurde, dass wir ein solches Projekt angehen können. Wenn man 100 Mio. Euro durch 10 Jahre aufteilt, bleiben jedes Jahr 10 Mio. über. Das ist de facto eine Verfünffachung dessen, was wir bisher investiert haben. Wenn man es international vergleicht, wissen wir, dass die Fahrradhauptstadt der Welt Kopenhagen 21 € pro Kopf und Jahr der Bevölkerung ausgibt, um den Fahrradverkehr zu nutzen.

Wir werden 33 € zustande bringen. Das auch nur, weil beide Landeshauptleute der Steiermark auch erkannt haben, dass es jetzt wichtig ist, dass wir den Fahrradanteil in dieser Stadt Graz erhöhen und für Fahrradinfrastruktur solche unglaublichen Geldbeträge zur Verfügung stellen. Das ist ja genau so eine Summe, wie wir oft kritisiert wurden, das kostet immer eine Unterführung für die Autos, etc. 100 Mio. Euro, das ist etwas ganz Besonderes und ich darf der Frau Stadträtin zu diesem großen Geldsack gratulieren und sie ersuchen, diese 100 Mio. Euro in den nächsten 10 Jahren mit uns gemeinsam umzusetzen. *(Applaus)* Darüber hinaus vielleicht noch angemerkt, auch 150 Mio., die im öffentlichen Verkehr unterwegs sind und auch heute hat noch eine Pressekonferenz kurz vor dem Gemeinderat stattgefunden, da hat der Landeshauptmann unseren Klimafonds, weil er es auch zur Chefsache erklärt hat, heute verdoppelt und auch hier 30 Mio. Euro über den Zeitraum von 10 Jahren zugesagt. Damit haben auch die Kollegin Schwentner, die Kollegin Kahr und ich jede Menge zu tun, damit wir diese Projekte auch alle umsetzen, die in der Pipeline sind. *(Applaus)*

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen, ich denke, es ist gerade eh niemand da, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Elke, Verkehrsstadträtin. Ich freue mich extrem über dieses Stück als langjährige Radlfahrerin in Graz bei jeglichem Wetter. Die Vorgangsweise sich solche Sachen über die Medien auszurichten, befremdet mich noch immer ein wenig, muss ich ehrlich sagen, aber anscheinend wird das eh mittlerweile Standard. Was mir ein wichtiger Punkt ist, der noch einmal anzusprechen ist, dass es ohne eine Umverteilung des öffentlichen Raumes nicht gehen wird. Weil man ja immer zwischen den Zeilen rauslesen kann, dass man sehr vorsichtig gegenüber den Autofahrern und Autofahrerinnen agiert und dem Raum, der ihnen derzeit zusteht in der Stadt. Trotzdem bin ich froh, dass es erkannt worden ist, was ihr ein paar Tage vorher im

Gemeinderat gesagt hab, dass eine Maßnahme für Radfahrer und Radfahrerinnen eine Gesamtverkehrsmaßnahme ist. Dann im Endeffekt auch allen Leuten, jeglichen Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmern mehr Platz und ein bequemes Fortkommen in der Stadt zukommen lässt. Personalfrage ist auch noch ein wichtiger Punkt, weil ohne das notwendige Personal wird es nicht gehen. Wir sind eine der stark wachsendsten Städte und haben noch immer nur einen Radverkehrsbeauftragten und das wird so nicht funktionieren. Eigentlich ist da eh schon seit einigen Jahren ein massiver Bedarf und wenn man das Geld ausgeben will wirklich, dann werden wir eh nicht daran vorbeikommen, mehr Leute dafür einzustellen. Ich bin gespannt darauf, mit wie viel Einsatz und Leidenschaft diese Sache nach dem Wahlkampf auch noch verfolgt wird. Aber ich freue mich darauf.

Nagl:

Frau Gemeinderätin Ussner, vielen Dank. Sie haben Recht, die 10 Mio., die jetzt jährlich zur Verfügung stehen, werden automatisch zur Klärung der Frage des öffentlichen Raumes führen, denn wenn du das verbauen willst, werden wir es in einer historisch klein gewachsenen Stadt letzten Endes zu entscheiden haben und das wird, wenn ich so sagen darf, uns ganz schön fordern, weil die Verkehrsströme in Summe ja zu beachten sind.

GR Ing. Lohr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Auch ganz kurz von unserer Seite. Wir begrüßen auch das Stück, das die Verkehrsstadträtin vorgestellt hat. Es sind alle Details genannt worden. Es ist ja der Schulterschluss tatsächlich gelungen. Auf der einen Seite das Land, SPÖ-ÖVP Regierung, in der Stadt ÖVP-FPÖ Regierung, die Verkehrsstadträtin der Kommunisten sind dabei, es sind auch alle anderen Gemeinderatsfraktionen dabei. Was wir uns wünschen, dass auch die Co-Finanzierung mit dem Bund funktionieren sollte und dass wir dann bei der neuen Regierung, sobald

wir sie haben, auch vorstellig werden, das ist ja bei der Nahverkehrsmilliarde bei der letzten Bundesregierung ja auch gelungen, zumindest die ersten Schritte zu setzen. Das ist ja leider unterbrochen worden, aber auch für den Radverkehr muss das gelten, dass auch der Bund in der neuen Zusammensetzung hier die Geldtasche öffnen muss. Aufs Rad umsteigen ist natürlich eine gute Maßnahme. Es ist die Verbesserung, die Grünen haben wieder versucht, hier ein Haar in der Suppe zu finden, wie es halt ihre Art ist. Das ist und war beim vorigen Stück so, das ist auch bei diesem Stück, das halten wir aus. Zum Thema Personal werden wir durch den Personalstadtrat auch unsere Unterstützung haben. Das heißt, das ist ein Projekt, das aufbaut auf 10 Jahre und gehen wir es an für die Radfahrer.

GR Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen. Auch wir begrüßen dieses Stück als eine einmalige Chance für Graz, hier für den Radverkehr intensiv das Programm anzugehen. Wir hoffen natürlich auch, dass die zugesagten Fördermittel auch abgeholt werden beim Land, weil in der Vergangenheit war das ja, so glaube ich, nicht so oft der Fall, da haben wir doch auf einige Millionen verzichtet. Aber ich sehe hier positiv in die Zukunft und es wird ein ganz tolles Projekt in den nächsten 10 Jahren. Danke.

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (14.58 Uhr).

GR DI. **Topf:**

Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat, Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur einen Aspekt noch einmal herausstreichen, der insbesondere auch im Verkehrsausschuss angesprochen wurde. Wenn wir jetzt diese Studie bekommen,

dann ersuche ich auch ausdrücklich darum, dass dieses Stück, diese Studie im Verkehrsausschuss eingehend beraten wird. Insbesondere auch unter dem Aspekt, das ist dann ein nächstes Stück, wo wir den Straßenbahnausbau auch in die nächsten Jahre, nämlich 2030, hineintragen, dass diese Verknüpfung der Radverkehrsrouten, insbesondere der Highways, wenn ich das so ansprechen darf, mit Park-&-Ride-Angelegenheiten oder auch Park-&-Ride-Möglichkeiten im Umland, aber auch in der Verknüpfung der S-Bahn-Möglichkeit, der GKB, in enger Zusammenarbeit und Zusammenschau insbesondere betrachtet wird. Also ich habe die Bitte, dass wir ausführlich mit dieser Studie uns befassen im Verkehrsausschuss, insbesondere im Kontext mit der S-Bahn und mit dem geplanten Straßenbahnausbau, um hier die Verknüpfungspunkte intensiv zu diskutieren.

StRⁱⁿ Kahr:

Wie ich es auch schon bei der Berichterstattung gesagt habe, ein großes Danke an alle Abteilungen und an die Politik, das ist eh schon genannt worden, die sich da bemüht haben, diese Mittel aufzustellen. Das ist tatsächlich ein riesengroßer Wurf, aber noch einmal, und das ist auch schon angesprochen worden von mehreren, ich sage das schon seit Jahren, wir brauchen mehr Personal. Das gilt übrigens auch für den öffentlichen Verkehr und auch für die Gehwege, wenn wir da weiterkommen wollen. Ich bin da aber optimistisch, weil ich nur positive Worte gehört habe und dafür danke ich ganz herzlich.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: Dr. Piffli-Percevic

**9.13 Stk. 13) A 14-078787 /2019/0001 4.03 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN DER
LANDESHAUPTSTADT GRAZ- 3.Änderung**

Piffli-Percevic:

Hoher Gemeinderat, verehrte Zuhörer, es sind zwei, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben vor uns eine 4.03 bezifferte Flächenwidmungsplanänderung, das heißt, die dritte des 4.0 Flächenwidmungsplanes. Sie ist relativ überschaubar, enthält aber einen ganz wesentlichen hervorzuhebenden Punkt. Es sind insgesamt drei Punkte. Der erste und wichtigste Punkt für den Grünraum in Graz bzw. für die Möglichkeiten der Erschließung und der Ausstattung unseres neu adaptierten Grünraums entlang der Mur betrifft das Bootshaus. Es ist hier eine Art Stufenbalkon an der 45 ° betragenden Murer-Böschung im Bereich des aufgestauten Teiles der Mur geplant und aus einem Architektenwettbewerb hervorgegangen, der einerseits wieder ermöglicht den Wassersport in dem auch nicht so schnell fließenden Gewässer. Bisher haben wir ja an der Mur-Brücke schon diese Kajaks gehabt. Es wird auch der übrige Ruder- und Kanusport an der Mur möglich sein, aber nur dann, wenn man gesichert auch das Ufer erreichen kann mit der nötigen Infrastruktur. Es ist also eine wesentliche Attraktivierung des Lebensraumes Mur vorgesehen und zwar, jetzt komme ich ins raumplanerische Deutsch, durch eine Umwidmung einer bisher als Reines Freiland gewidmeten Fläche von fast 700 m² in Sondernutzungsfläche Sport im Freiland. Ich glaube, wir können hier für unsere Jugend, aber auch für die ambitionierten Sportler unter den älteren Semestern, ich sehe hier ja nur Jugend, können wir wirklich neue Dimensionen in unser Stadt erschließen. Wir haben heute dann beim Reininghauspark noch einmal ein Stück, wo wir auch ein bisschen am Wasser sein werden, aber beiden gemeinsam ist eine hoch qualitative Erholungsfunktion im Bereich des Grünraums. Es fügt sich in das vorherige Stück mit der Radfahroffensive und mit der Klimaoffensive und wir arbeiten ja schon lange in diese Richtung erfolgreich und ich freue mich, wenn ich das richtig sehe, dass

wird eine breite Übereinstimmung auch für dieses Projekt finden werden. Der zweite Punkt ist ein Sicherheitsaspekt, der dahinter steht. Das ist die Feuerwache am Dietrichsteinplatz. Diese nutzt auch dort einen Innenhof, der ja bekanntlich, Innenhöfe sind ja besonders geschützt durch Bebauungsplanpflicht und etc. bzw. per se geschützt durch unseren Innenhofschutz vor unregelmäßiger Verbauung. Dort bei dem Ausbau der Feuerwache sind wir jetzt aber in einem Zielkonflikt, möchte ich fast sagen, mit der Altstadtkommission geraten. Üblicherweise werden die Innenhöfe auch geschützt durch die Bebauung der Ränder eines den Innenhof umfassenden Gebäudereignisses. Dort haben wir ein paar Gebäude, wo die Dichte bei weitem nicht voll ausgeschöpft ist, die üblicherweise dann herantreten bei einer geregelten Bebauung zur zusätzlichen Bauführung. Die Altstadtkommission sagt aber, dass die besonders schützenswert sind, diese niedrigeren Gebäude, folgedessen ist hier der Vorschlag, eine Bebauungsplanpflicht zum Schutz des Innenhofes hier festzulegen und das verbirgt sich hinter dieser 12.000 m² umfassenden Fläche am Dietrichsteinplatz.

Also um die legitimen Anliegen des Altstadtschutzes, erinnern wir uns, wir haben ja gerade die Altstadtschutzzone im Bereich des Ruckerlberges auch wesentlich erweitert und wir haben hier auch diese Anliegen natürlich zu unterstützen, wollen aber auch einen zeitgemäßen, funktionstüchtigen Ausbau unserer Feuerwache dort realisieren, wo sie auch bisher erfolgreich war. Der dritte Punkt ist indirekt durch eine Anfrage heute schon sozusagen als Thema angeschnitten worden. Es geht um eine Bodenfundstätte, die im Flächenwidmungsplan, wie alle denkmalgeschützten Objekte, ersichtlich zu machen ist. Das Bundesdenkmalamt hat dort befundet und festgestellt, dass hier kein Schutz mehr gegeben ist und diese Ausweisung im Fläwi ist zu streichen, das ist der dritte Punkt. Insgesamt ist diese Flächenwidmungsplanänderung in diesen drei Punkten dem Verfahren zuzuführen, es ist die Auflage, also es können auch Einwendungen dagegen eingebracht werden. Wir werden dann bei der endgültigen Beschlussfassung darüber zu entscheiden haben, und von meinem Kollegen Muhr wurde auch im Stadtplanungsausschuss die Bitte geäußert, die BürgerInnen von Jakomini auch, das wäre hier formal nicht vorgesehen, aber auf geeignete Weise über diese Fakten im Bereich des Dietrichsteinplatzes und das Bauvorhaben zu informieren.

Hierzu ist zu sagen, dass der Bebauungsplan auch schon im Amt die Bearbeitung vorangeschritten ist, aber noch nicht fertig ist. Wenn der fertig ist, ist ohnedies die Bürgeranhörung vorgesehen, aber wenn man so will, eine vorgezogene Bürgerinformation auf geeignete Weise. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die Auflage des Entwurfs zum 4.03 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz – 3. Änderung in der Verordnung, der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht
2. die Kundmachung des Entwurfs zum 4.03 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz - 3. Änderung im Amtsblatt vom 27. November 2019 und die öffentliche Auflage zur allgemeinen Einsicht im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 28. November 2019 bis 30. Jänner 2020

GRⁱⁿ Dipl.-Museol. (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich werde es kurz machen. Wir stimmen dem Stück gerne zu, vielleicht zur Überraschung einiger in allen Punkten. Wir wollen aber damit signalisieren, dass wir nämlich nie gegen das Bootshaus waren, eigentlich genau genommen hätte diese Fläche vorher auch schon als Sportfläche gewidmet sein müssen. Es gibt ja schon ein Bootshaus, aber das ist mittlerweile schon so desolat und überwachsen, dass man es vielleicht als Grünraum gelten lassen kann. Wir begrüßen eigentlich sogar dieses Bootshaus sehr. Vor allen Dingen auch diesen Prozess, wie das entstanden ist. Das wissen vielleicht viele nicht, aber der war tatsächlich partizipativ. Der Paddelverein ist eingebunden worden und durfte quasi seine Wünsche, Bedürfnisse äußern, wie das Bootshaus gestaltet werden kann und wird und wir glauben eben auch, dass damit nicht nur der Paddelverein, übrigens auch einer der größten Sportvereine in Graz, selber angesprochen wird, sondern eben viele, die sich

dafür interessieren und damit kann man wirklich Leute an und aufs Wasser bringen und das ist eine schöne Sache.

Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ganz kurz, auch der Punkt 2, Dietrichsteinplatz, Bebauungsplanänderung bzw. Änderung Deckplan 1, sollte nicht ganz unterbelichtet bleiben. Danke für deine Ausführungen, Peter Piffli-Percevic. Ich möchte auch noch den Dank an die Stadtplanung und an den Stadtplanungsreferenten anfügen. Man hätte auch vorschlagen können, die Bebauungsplanpflicht entfallen zu lassen, das wäre eine Möglichkeit, die uns das Raumordnungsgesetz natürlich auch gibt in der Sache, stattdessen eine geordnete Entwicklung unter den Aspekten, dass es dort altstadtschutzwürdige Gebäude gibt, die auch nicht weiter ausgebaut werden können in der Form, nicht erhöht oder aufgestockt werden können, aber es wird, und da hoffe ich auch auf einen guten Entwurf für die Bebauung im inneren Bereich, da wird es eine gute Möglichkeit geben, dort eine zentrumsnahe Entwicklung voranzutreiben. In dem Sinne etwas ganz Positives, danke, weil du hast das ein wenig unter dem Scheffel gelassen, dass die vordere Front quasi erhalten bleiben muss, dass da nichts passieren kann im engeren Sinn und dass man im Rest des Bereiches natürlich Entwicklung vorantreiben kann.

Der Antrag wurde einstimmig (45:0) angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Muhr

**9.14 Stk. 14) A 14-094219/2018/0020 06.27.0 Bebauungsplan
„Am Langedelwehr-Nordweg-
Neuholdaugasse-Fliedergasse“, VI. Bez., KG
Jakomini**

Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen. Wie gesagt, es geht um den Bebauungsplan 06.27.0 im schönen Jakomini, Langedelwehr-Nordweg-Neuholdaugasse-Fliedergasse. Es ist ein besonderer Bebauungsplan, nicht nur, weil er in Jakomini liegt, sondern weil dort auch die Stadt Graz als Eigentümer und Wohnen Graz dann in weiterer Folge dort auch bauen wird, also wir entwickeln dort auf eigenem Grundstück unsere Gebäude. Im Bereich in der Neuholdaugasse sind bereits Gemeindewohnungen mit unterschiedlichem Errichtungsdatum vorhanden und Wohnen Graz möchte nun sukzessive diesen Altbestand durch Neubauten ersetzen. Das ganze Planungsgebiet weist ca. 17.500 m² auf und ist im Fläwi als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen mit einer Dichte von 0,6 bis 1,2. Ziel des Bebauungsplanes ist die Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im gegenständlichen Bereich. Und der Ausschuss wurde am 5.6. 2019 informiert und der Bebauungsplan wurde in der Zeit vom 20.6.2019 bis 19.9.2019 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt, wobei es dann in weiterer Folge 13 Einwendungen und Stellungnahmen gab. Wobei viele Einwendungen sich auf den bestehenden Baumbestand bezogen haben, dass dieser erhalten bleibt. Weil Jakomini ja doch unter Grünraummangel leidet. Dazu muss ich noch ergänzen, dass im aktuellen Bericht, und zwar in der Formulierung, etwas ergänzt wurde. Auf der Seite 10, Punkt 6, nach Absatz 2: „Bei ober- und unterirdischen Bauführungen soll auf die Bestandsbäume Rücksicht genommen werden und diese sollen möglichst erhalten bleiben.“ Dieser Satz wird auch in allen weiteren Bebauungsplänen jetzt als Vorlage dienen, er wird auch in allen anderen Bebauungsplänen, die jetzt aufliegen, Eingang finden. Ein weiterer positiver Aspekt des Bebauungsplanes ist, dass es gelungen ist, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz,

Stadtplanung und Verkehrsplanung auch die Neuholdaugasse im Bereich des Nordens zu begrünen und zu verschönern. Es wird auch die Haltestelle dort attraktiviert und begrünt, auch das war schon eine lange Forderung vom Bezirksrat Jakomini und wird jetzt endlich mit diesem Bebauungsplan realisiert. Ich bitte daher, diesen Bebauungsplan und auch die Einwendungserledigung anzunehmen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 06.27.0 Bebauungsplan „Am Langedelwehr- Nordweg - Neuholdaugasse - Fliedergasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

GR Dreisiebner:

Zwei Punkte. Zum einen hätte ich mir jetzt erwartet, dass die KPÖ noch ein wenig ausführt, warum sie laut gestriger Entscheidung im Ausschuss, laut ihrer gestrigen Entscheidung nicht zustimmen will. Wir halten eine geordnete Nachverdichtung in diesem Bereich unter wirklich weitestgehendem Aufrechterhalten der Durchgrünung und des Grünbestands, und das ist der zweite Punkt, zu dem ich noch ein wenig näher eingehen mag, für sehr wichtig und gelungen, weil man hier auch mehr Wohnraum im Bereich Wohnen Graz schaffen kann und auch qualitativ bessere Wohnungen mitunter schaffen kann, weil da auch teilweise ältere Gebäude schon da sind. Des Weiteren werden die Gebäude, wenn sie denn dann sukzessive neu errichtet werden oder ausgebaut werden, auch Abstände zu Straßen erhalten, die Gehwegrichtungen, die Baumreihen oder Ähnliches mehr möglich machen. Es ist auch Fortbestand der jetzigen gewerblichen Nutzung vorgesehen, eigentlich vorgeschrieben. Im Erdgeschoss dort kann man eigentlich nichts anderes machen, als eine gewerbliche Nutzung anzubieten, zB. einen Lebensmittelmarkt und diese Dinge mehr. Also das sind die Vorteile zu dem, was der Ewald Muhr schon gesagt hat, die hier aus unserer Sicht stark

überwiegen und die am Ende, Saldo, so glaube ich, einen Mehrwert für unsere Angebotspalette „Wohnen Graz“ bieten. Das Zweite ist dieser Grünbestand. Das ist etwas, was uns schon lange bzw. was wir schon lange diskutieren, dass man in Bauflächen, Bebauungsplanflächen, wo schon Bestandsbäume da sind, natürlich zur Kenntnis nehmen muss, dass Bäume, die auf den Teilen stehen, wo Gebäude errichtet werden oder ganz knapp an diesen Punkten, dass die wahrscheinlich nicht erhalten werden können. Aber Bäume, die dazwischen stehen, und das tun private Entwickler teilweise auch, werden auch gefällt. Damit tun wir unserer Klimasituation in Graz gar nichts Gutes. Auch wenn wir 30 Bäume neu pflanzen müssen, wenn wir dafür 10 alte Bäume, gewachsene Bäume verlieren, dann dauert es Jahre, um Jahre und Jahrzehnte, bis die wieder diese Qualitäten entwickeln, was das Klima betrifft, was das Lebensgefühl betrifft bzw. die Zufriedenheit der Menschen betrifft, bis sich ein neu gepflanzter Baum wieder so weit entwickelt. Ich bin sehr dankbar, dass das Stadtplanungsamt und das Referat für Bebauungsplanung hier auch einen sehr konstruktiven Weg geht. Wir werden den weiter diskutieren und wir hoffen, dass wir viele Bäume erhalten können, trotzdem dass in Graz auch gebaut wird, danke.

Muhr:

Danke, lieber Karl, für deine Ausführungen. Auch ich habe gewartet, bis die KPÖ sich zu Wort meldet, denn auch wir halten dort in diesem Bereich eine Verdichtung wirklich für sinnvoll und man muss ja auch bedenken, je mehr man in die Höhe geht, desto mehr Platz bleibt auf dem Boden für Grün, und das Grün ist wichtig in Jakomini. Danke vielmals.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: DI. Topf

9.15 Stk. 15) A 14-018630/2018

08.27.0 Bebauungsplan

**„St.-Peter-Hauptstraße 185“, VIII. Bez., KG
Messendorf**

Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Ich darf den Bebauungsplan 08.27.0 St. Peter Hauptstraße 185 berichten. Ich denke,

ich gehe gleich auf die Einwendungserledigungen ein, weil das für mich ein

wesentlicher Punkt in der gestrigen Diskussion war. Es sind die

Einwendungserledigungen in dieser Form behandelt worden, das einerseits

Bemaßungsquoten ergänzt wurden und zwei Bäume in Richtung Osten verschoben

wurden. Was auch ein wesentlicher Punkt auch in der Diskussion gestern war, ist die

Situation, dass wir vermehrt in diesem Bereich, wo gebaut werden sollte, mit der

Hangwasserproblematik zu tun haben. Das heißt, wir haben dort immer wieder die

Situation, dass natürlich durch Versiegelung, durch Verbauung, die Fließpfade, wie wir

das auch fachtechnisch nennen, unterbunden bzw. neu gestaltet werden und das ist

ein Punkt, der auch im Stück noch einmal ausführlich auch aufgrund einer Einwendung,

einer berechtigten Einwendung, hier noch einmal dargestellt wurde. Es ist so, dass

auch der Versiegelungsgrad, das ist ja ein Steckenpferd von mir, wenn ich das so sagen

darf, auch hier der Versiegelungsgrad begrenzt wird und dass natürlich insbesondere

auch die Dachbegrünung, wir haben ja auch ein Foto gesehen gestern, wie sich hier die

Gebäude darstellen werden, dass insbesondere auch die Dachbegrünung und die

entsprechende Bepflanzung und die Bäume hier in diesem Bebauungsplan vorgesehen

werden. Noch einmal der Hinweis, dass das Aufschließungserfordernis Entwässerung,

also Hangwasserproblematik, hier noch nicht aufgehoben ist. Der Gemeinderat wolle

daher beschließen den 08.27.0 Bebauungsplan „St.-Peter-Hauptstraße 185“,

bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt

Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, die Einwendungserledigungen und

die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse:

- die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplans,

das ist damit erfüllt,

- die Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz und
- die Innere Erschließung

diese Aufschließungserfordernisse sind erfüllt und das Aufschließungserfordernis bleibt in folgenden Punkten weiterhin aufrecht:

- Lärmfreistellung gegenüber emittierenden Straßen

und das, was ich besonders hervorgehoben habe,

- die geordnete Verbringung der Oberflächen- und Hangwässer insbesondere in diesem Bereich.

Diese beiden Aufschließungserfordernisse bleiben weiterhin aufrecht. Ich ersuche um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 08.27.0 Bebauungsplan „St.-Peter-Hauptstraße 185“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht,

2. die Einwendungserledigungen und

3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes VIII.31:

- die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplans
- die Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz
- die Innere Erschließung

Das Aufschließungsgebiet (Nr. VIII.31) bleibt in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:

- Lärmfreistellung gegenüber emittierenden Straßen
- geordnete Verbringung der Oberflächen- und Hangwässer aufrecht.

GR Sikora:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werter Herr Vorsitzender. Ich hatte es recht rationell, weil die Verwunderung groß war, dass wir uns zum Vorstück nicht gemeldet haben. Wir werden diesem Stück, so wie gestern im Ausschuss auch besprochen, auch unsere Zustimmung erteilen. Der Unterschied zum vorigen Stück und zu diesem ist nur der, dass erstens einmal von den Einwendungen her die sehr gering waren beim St.-Peter-Stück, beim Neuholdau-Stück 13 Einwendungen waren, die nicht zufriedenstellend beantwortet und erledigt wurden, das zum Unterschied. Beim St.-Peter-Stück und Neuholdau-Stück der Unterschied ist, dass beim Neuholdau-Stück die Baudichte eklatant erhöht wurde. Auch das ist ein Grund, warum wir da dagegen waren und hier dafür sind. Hier wird keine Baudichte eklatant überschritten im St.-Peter-Stück und der dritte entscheidende Punkt ist das was der Kollege der Grünen auch gesagt hat, das ist die Problematik mit Grünraum, mit historisch gewachsenen Bäumen, im St.-Peter-Stück werden keine historischen Bäume, die jahrzehntelang schon gewachsen sind, gefällt. Man braucht nicht wieder Jahrzehnte, um nachzuwachsen, wie es im Neuholdau-Stück der Fall ist, das ist der Grund wieso wir jetzt dafür sind und im vorigen Stück dagegen. Das zur Erklärung. Wie Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, rationell, wie die KPÖ eben immer schon war.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Moser

Stk.17) A2-100156/2019

Landtags-Wahlordnung, Vergütung für Mitglieder der Wahlbehörden; Verordnung zur Festsetzung der Vergütung

Moser:

Werter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Vorsitzender, wir kommen zur Landtags-Wahlordnung, Vergütung für Mitglieder der Wahlbehörden; Verordnung zur Festsetzung der Vergütung. Das ist ein angenehmes Stück, ein gutes Stück, weil hier auch erstmals die Vertrauenspersonen einen Beitrag bekommen. Durch eine am 20. September 2019 in Kraft getretene Novelle der Landtags-Wahlordnung 2004 wurde festgelegt, dass Mitgliedern der Wahlbehörden ein Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeiten in den Wahlbehörden zukommt.

Die Verpflichtung des Gemeinderates zur Erlassung der gegenständlichen Verordnung ergibt sich aus § 19 Abs. 3 LTWO, welcher bestimmt, dass in Städten mit eigenem Statut der Gemeinderat für Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Wahlbehörden die Höhe der Vergütung wie folgt durch Verordnung festzusetzen hat:

1. für Wahlleiter (Stellvertreter) mit höchstens 220 Euro je angefangene acht Sitzungsstunden und
2. für die übrigen Mitglieder (Ersatzmitglieder) mit höchstens 40 Euro je angefangene acht Sitzungsstunden, die sie bei Sitzungen der Wahlbehörden anwesend sind.

Als Wahlleiterinnen/Wahlleiter bzw. deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter werden sowohl Personen tätig, die in einem aktiven Dienstverhältnis zur Stadt Graz stehen als auch externe Personen.

Die gegenständliche Verordnung hat zum Ziel, dass diese Personen, unabhängig ob sie nun Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadt Graz sind oder nicht, für ihre Tätigkeiten in den Wahlbehörden eine angemessene und hinsichtlich der Höhe vergleichbare Vergütung erhalten.

Die Tätigkeit der Wahlleiterinnen/Wahlleiter bzw. deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in einer Sprengelwahlbehörde erstreckt sich im Regelfall über einen Zeitraum von etwa 12 Stunden. Ausgehend von diesem Zeitaufwand und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass vor jeder Wahl eine verpflichtend zu besuchende Schulung - diese dauert etwa 1,5 Stunden - stattfindet, wird die in der Verordnung festgelegte Höhe der Vergütung als angemessen erachtet. In der gegenständlichen Verordnung ist für Wahlleiterinnen/Wahlleiter bzw. deren Stellvertreterinnen/ Stellvertreter eine Staffelung des Vergütungsanspruches vorgesehen. So beträgt die Vergütung Euro 200 für die angefangenen ersten acht Sitzungsstunden, für angefangene weitere acht Sitzungsstunden Euro 100. Dies resultiert aus der Tatsache, dass der Landesgesetzgeber bei der Höhe des Vergütungsanspruches von jeweils „8-Stunden-Einheiten“ ausgegangen ist und - wie dargelegt - die durchschnittliche Sitzungsdauer 12 Stunden beträgt. Die zweite „8-Stunden-Einheit“ wird also erfahrungsgemäß von der Sprengelwahlbehörde nur zur Hälfte benötigt, sodass die vorgesehene Festlegung des gestaffelten Vergütungsanspruches sachlich gerechtfertigt erscheint.

Für die Tätigkeit der Beisitzerinnen/Beisitzer und der Ersatzbeisitzerinnen/ Ersatzbeisitzer sowie der Vertrauenspersonen, welchen bei den Sitzungen der Wahlbehörden sehr wesentliche Aufgaben zukommen, ist ein Vergütungsanspruch von jeweils 40 Euro je angefangene acht Sitzungsstunden vorgesehen und kann hier - angesichts des verhältnismäßig geringen Betrages - von einer Staffelung Abstand genommen werden.

Der Stadtsenat hat dieses Geschäftsstück am 14.11. vorberaten und stellt gemäß § 19 des Gesetzes vom 27. April 2004 über die Wahl des Landtages Steiermark (Landtags-Wahlordnung 2004), LGBl. Nr. 45/2004 i.d.F. LGBl Nr. 71/2019, den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Verordnung über den Vergütungsanspruch für Mitglieder der Wahlbehörden bei Landtagswahlen beschließen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Verordnung über den Vergütungsanspruch für Mitglieder der Wahlbehörden bei Landtagswahlen.

StR Hohensinner, MBA:

Ich danke für die Berichterstattung, wer wünscht dazu das Wort? Herr Gemeinderat Luttenberger, bitte.

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich, dass ich nach einiger Zeit wieder einmal einen kurzen Kurzauftritt vor euch habe. Es ist jetzt alles gesagt worden, das ist gut, und wir als KPÖ wollen das aber noch ein wenig verbessern.

Ich möchte erinnern, es hat ja nicht nur die finanzielle Entschädigung gegeben für Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer von Graz, die sich in den Wahlbehörden engagieren, sondern auch die Urlaubstagvariante. Ich glaube, es waren bis zu zwei Urlaubstage und warum der Landesgesetzgeber das jetzt geändert hat, ist für mich ein Mysterium, aber bitte, und unser Zusatzantrag beinhaltet eine österreichische Lösung, nämlich die, dass wir das wieder so machen, wie es einmal war. Vergütungsvariante oder Urlaubstagvariante, dass das zum Aussuchen wäre und deswegen lautet unser

Zusatzantrag

folgendermaßen:

Die Stadt Graz möge den Landesgesetzgeber ersuchen, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Mitgliedern der Wahlbehörden,

die in einem aktiven Dienstverhältnis mit der Stadt Graz stehen, wieder eine Wahlmöglichkeit zwischen finanzieller Vergütung und dienstfreien Tagen zu geben. Ich danke für das Zuhören meines kurzen Beitrages und bitte um Annahme.

Originaltext des Zusatzantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

Die Stadt Graz möge den Landesgesetzgeber ersuchen, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Mitgliedern der Wahlbehörden, die in einem aktiven Dienstverhältnis mit der Stadt Graz stehen, wieder eine Wahlmöglichkeit zwischen finanzieller Vergütung und dienstfreien Tagen zu geben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Haßler

9.16 Stk. 18) A 8-119718/2018/0151

Sozialamt, Hochrechnung Heimkosten, Nachtragskredit in Höhe von brutto € 12,7 Mio. bzw. Eckwerterhöhung in Höhe von € 3,8 Mio. in der OG 2019

Haßler:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich darf im Namen des Sozialamtes einen Nachtragskredit in Höhe von brutto 12,7 Mio. Euro bzw. die Eckwerterhöhung um 3,8 Mio. Euro in der OG 2019 beantragen. Und zwar ist es

notwendig geworden, um eine Finanzierungslücke bei den Heimkosten zu schließen. Von Seiten des Sozialamtes wird das so begründet, dass nach dem Wegfall des Vermögensregresses 2018 viele Zuzahlungsanträge gestellt wurden, die teilweise dann erste 2019 bearbeitet werden konnten, das heißt, da haben sich die Belastungen verschoben und andererseits hat es 2019 drei Erhöhungen in diesem Bereich auch gegeben, mit denen man so nicht gerechnet hat, was eben dann zu diesem vermehrten Mittelaufwand geführt hat. In Summe ist eine Lücke von € 18 Mio. brutto entstanden, wobei ein großer Teil davon auch wieder abgefangen wird durch Zuzahlungen durch das Land und den Bund. Das heißt, dass netto gesprochen dann 5,4 Mio. Euro in Summe übrig geblieben wären. Einen Teil davon hat der Herr Stadtrat Krotzer schon aus dem Eckwert abdecken lassen und was jetzt noch übrig bleibt, ist eben diese Lücke von brutto 12,7 Mio. oder netto 3,8 Mio. Ich darf daher als Vertreter des Finanzausschusses an den Gemeinderat den Antrag stellen, folgende Positionen zu erhöhen: Entgelte und Leistungen für Privatheime um 12,7 Mio., als Abdeckung dafür werden herangezogen Erhöhung der Sätze vom Land, 7.628.200, und Erhöhung der Sätze aus dem Bereich Bundespflegegeld, 1.271.800,--. Bleibt noch die Lücke, die zu schließen ist, 3,8 Mio., dafür werden die unbebauten Grundstücke belastet, ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In der OG 2019 wird die Fipos

1.41900.728300

„Entgelte für sonstige Leistungen; Privatheime“ um € 12.700.000,--

erhöht und zur Bedeckung die Fiposse

2.41900.817000

„Kostenbeiträge f. sonst. Leistungen; Ersätze vom Land“ um € 7.628.200,--

2.41900.817000

„Kostenbeiträge f. sonstige Leistungen; Ersätze v.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. November 2019

Hilfeempfängern Bundespflegegeld“ um 2.84000.001100	€ 1.271.800,--
„Unbebaute Grundstücke“ um erhöht.	€ 3.800.000,--

Damit erhöht sich der Eckwert der Abteilung Sozialamt (Ressort Krotzer) um € 3,8 Mio.

GR Frölich:

Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sprechen hier von einem Nachtragskredit über 12,7 Mio. Euro und ich habe mir das dann noch etwas näher angesehen, weil wir beschäftigen uns im Finanzausschuss im Rahmen des Beteiligungsausschusses ja sehr oft mit dem Beteiligungscontrolling und mit der mittelfristigen Finanzplanung. Wir sehen uns unsere Geschäftsführer der Beteiligungen sehr sorgfältig und sehr exakt an, die nächsten Jahre und die Entwicklungen der nächsten Jahre. Ich habe dann ein wenig nachgelesen und sehe, dass auch hier das zuständige Fachamt offensichtlich schon Ende 2017, auf Nachfragen einer Zeitung, sehr erstaunlich exakt die voraussichtlichen Kosten präliminiert hat und prognostiziert hat. Dass Kosten pro Jahr in der Höhe von 6 bis 7,5 Mio. Euro doch entstehen werden durch den Wegfall der Regressmöglichkeit. Da wurde dann auch der damals wie heute zuständige Stadtsenatsreferent, der Herr Stadtrat Krotzer, gefragt, was er denn meine, ob es da eine Kostenmehrbelastung geben wird und seine Aussage war damals, dass die Kosten nicht schnell und stark steigen werden, weil die Grazer Pflegeheime entsprechend hoch belegt sind und die Grazer Pflegeheime nicht so viel Mehrkosten werden verursachen können. Das heißt, er hat sich damals eigentlich komplett diametral geäußert zur Fachmeinung seines Amtes, die sehr richtig war und die auch offensichtlich eingetreten ist und das halte ich schon für problematisch, weil es ist gerade die KPÖ, die gerade bei den Geschäftsführern und im Beteiligungsausschuss, im Beteiligungscontrolling und alles, was die mittelfristige Finanzplanung betrifft bei den Gesellschaften, immer sehr genau nachfragt, wenn Ergebnisveränderungen prognostiziert werden und hier verweigert der Herr Stadtrat offenbar, um nicht eine

schlechte Nachricht veröffentlichen zu müssen, die Realität. Den Artikel habe ich da, er war in der Kronen Zeitung vom 30. November 2017. Daraufhin hat meine Kollegin Klubobfrau Gmeinbauer am 12.12. in der Fragestunde eine diesbezügliche Anfrage gestellt und auch dort wurden, der Text liegt mir vor, vom Herrn Stadtrat bei weitem nicht diese Ziffern genannt, sondern mehr oder weniger eine Folgewirkung des Wegfalls des Pflegeregresses auf die Stadt Graz und auf die Pflegeheime als nicht so groß und nicht so dramatisch oder nicht möglich titulierte. Das ist in meinen Augen schon ziemlich sportlich, wenn man schon selbst nicht weiß, oder sich damit nicht beschäftigt, wenn man sich dann nicht einmal der Fachmeinung seines eigenen Amtes, für das man ressortzuständig ist, anschließt. Nachdem ich mir immer alte Zeitungen recht lange aufbehalte, den Artikel habe ich hier, falls jemand Interesse hat, kann er sich das gerne anschauen. Danke.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kollegen. Ganz als Erstes möchte ich einmal feststellen, wir waren immer gegen den Pflegeregress, weil wir das als ungerecht empfunden haben, deswegen habe ich auch im Grazer Gemeinderat einmal einen Antrag dagegen eingebracht, weil unser Zugang der ist, dass gerade die ältere Generation, die durch Fleiß und Entbehrungen unser Land so weit gebracht haben, wie es heute ist, nämlich dass wir einen Wohlstand haben, dass es uns gut geht, gerade diese Generation darf kein schlechtes Gewissen haben, wenn sie es allein zu Hause nicht mehr schaffen und ins Pflegeheim müssen. Dass das höhere Kosten verursachen wird, war uns klar, aber dem Herrn Stadtrat Krotzer scheinbar nicht so wie der Fachmeinung. Das ist recht schade, denn irgendwie kommt uns vor, er hat weder die Lage und die Herausforderung richtig eingeschätzt, noch hat er Infos eingeholt, verhandelt mit dem Bund, obwohl er selbst gesagt hat, mit wem er verhandeln muss. Er hat das einfach verabsäumt und es schaut jetzt wirklich so aus, als wäre das eine

schwache Leistung und das tut uns leid. Trotzdem stimmen wir dem Stück natürlich zu, weil es ein wichtiges Stück ist. Danke.

StR Mag. **Krotzer**:

Der Sitzungsverlauf ist rasanter, als ich erwartet habe. Jetzt habe ich den Ausführungen vom Herrn Kollegen Frölich in der Form nicht folgen können...

*Zwischenruf GR **Pogner**: Da hast du etwas versäumt!*

Krotzer:

Ich darf ein paar Worte dazu verlieren. Der Pflegeregress für die stationäre Pflege ist im September 2017 im Nationalrat beschlossen worden, also die Abschaffung des Pflegeregresses, dort beschlossen worden von allen dort vertretenen Parteien außer den Neos, so glaube ich. Von der KPÖ nicht, weil sie nicht im Nationalrat vertreten ist. Dass natürlich die Abschaffung des Pflegeregresses aus mehreren Gründen große Auswirkungen hat, war, so glaube ich, allen Beteiligten oder hätten allen Beteiligten klar sein müssen, weil wir aus mehreren Gründen einen verstärkten Zuzug auf die Pflegeheime haben: Erstens haben wir in dem Bereich nach wie vor das große Versäumnis, dass der Regress im Bereich der mobilen Pflege noch immer nicht abgeschafft ist. Das heißt, diejenigen, die sich bestmöglich bemühen, in den eigenen vier Wänden zu verbleiben, werden bestraft im Vergleich zu jenen, die in den Pflegeheimen sind. Zugleich gab es natürlich mit ersten Jänner 2018 einen massiven Zustrom zu den Pflegeheimen, auf der anderen Seite ist es auch so gewesen, dass sehr viele Menschen, die davor in den Pflegeheimen gewesen sind, den Antrag gestellt haben auch auf Heimzuzahlung, weil es ja keine Notwendigkeit mehr gegeben hat, das eigene Vermögen insofern zu schützen, als das man ja jetzt auf die

Heimkostenzuzahlung zurückgreifen kann. Das ist etwas, wo die Stadt Graz ganz einfach so agieren muss, wie das vom Nationalrat beschlossen worden ist, wie die entsprechenden Gesetze sind. Ich verwehre mich definitiv dagegen, dass wir auf die Auswirkungen nicht hingewiesen hätten und das nicht oft genug diskutiert haben. Wir haben auch viele Gespräche mit dem Land gehabt diesbezüglich, zumal es ja auch darum geht, dass die Kosten, die von Seiten der vergangenen Bundesregierung versprochen worden sind, den Ländern und den Gemeinden diese Kosten abzufedern, wo es natürlich darum geht, dass wir entsprechende Anteile bekommen. Darum bemühen wir uns. Wir bemühen uns zugleich, und da darf ich einmal mehr den Dank auch an alle Fraktionen hier aussprechen, dass wir Alternativen zur stationären Unterbringung stärken. Insbesondere durch das Grazer Kliententarifmodell, womit wir es eben ermöglichen, dass wir hier verhindern, dass Menschen ins Pflegeheim gehen müssen, weil sie letztendlich aus Armutgründen sich das Verbleiben in den eigenen vier Wänden nicht leisten können. Wir sorgen dafür, dass den Menschen jedenfalls die Mindestpension verbleibt. Dass wir allerdings diesen Beschluss, der seit 1. Jänner 2018 in Kraft ist, nicht ganz ohne entsprechende Mehrkosten abfedern können, das, glaube ich, sollte jedem klar sein und ich habe vernommen, dass es hier auch dann letztendlich die Zustimmung geben wird, weil wir hier ganz einfach als Stadt Graz sozusagen am kürzeren Hebel sitzen und letztendlich die entsprechenden Bundesgesetze befolgen müssen und es sich hierbei schlichtweg um Pflichtleistungen der Kommune handelt.

GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Stadtrat Krotzer. Ich finde es toll, dass man dich in den Saal zurückrufen kann, wenn es um dein Ressort geht und dass du das auch gleich in deiner Wortwahl eröffnet, du hättest nicht damit gerechnet, dass die Sitzung so interessant wird...

Zwischenruf StR Krotzer: Rasant verläuft!

Gmeinbauer:

Rasant? Aber undeutlich gesprochen. Interessant, habe ich verstanden.

Entschuldigung. Aber manchmal wird undeutlich gesprochen in diesem Haus. Von daher möchte ich noch einmal verdeutlichen und dich erinnern und wir haben das auch aus der seinerzeitigen Kronen Zeitung noch einmal ausgehoben, weil wir schon schwer verwundert waren und natürlich werden wir dem Stück zustimmen, aber ich habe dich persönlich gefragt in der Fragestunde, wie deine Prognose aussieht, zukünftig für die entstehenden Kosten, wie du dafür sorgen wirst, dieses Loch zu füllen. Daraufhin hast du zum einen gemeint, dass die Kapazitäten da sowieso ausgeschöpft sind in den Einrichtungen und dass von daher die Kosten nicht rasant und auch nicht rasch steigen werden. Ich habe mir auch erlaubt damals, auf einer Facebook Seite, wo es eine Diskussion gegeben hat, darauf hinzuweisen, dass zukünftig sehr rasch sämtliche Betten gefüllt sein werden, wobei ich dabei nicht meinte, dass jetzt die zu pflegenden Angehörigen abgeschoben werden, sondern dass einfach das Angebot ausgenutzt wird und ausgeschöpft wird, weil es eben nichts kostet, das natürlich auch Möglichkeiten für jene öffnet, die sich eben diesen Pflegeregress nicht leisten konnten. Daraufhin wurde ich von der jetzigen Stadträtin Schwentner damals auf Facebook gescholten. Wie kann ich sagen, dass die Menschen jetzt in die Pflegeheime abgeschoben werden, worauf ich noch einmal drauf hingewiesen habe, ich habe nicht formuliert, dass die Menschen abgeschoben werden, sondern dass einfach ein Türchen, das aufgemacht wurde und das nicht mit Kosten verbunden ist, natürlich in Anspruch genommen wird. Daraufhin kam auch von dir eine freundliche Antwort, ach so, jetzt verstehe ich es, wofür ich mich jetzt noch bedanke. Auf jeden Fall möchte ich darauf hinkommen, lieber Herr Stadtrat, dass, wenn du jetzt sagst, es ist unfair, dass für die stationäre Pflege es keine bzw. mobile Pflege keine Regressmöglichkeit gibt, dann würde ich dich wirklich hier in aller Form bitten, versuche einen Weg zu finden, dass man das möglich machen kann. Ich weiß selbst aus eigener Erfahrung, was es heißt, wenn du ein

Familienmitglied hast, das Pflege braucht und kann dich dahingehend nur unterstützen, solltest du einen Weg finden, den sich auch die Stadt und natürlich das Angebot der mobilen Pflege leisten kann, dass ich dich unterstützen würde. Es wäre wirklich schön, jenen Familien gegenüber, die sich zuhause um diese Angehörigen kümmern, dass man ihnen auch eine unentgeltliche Unterstützung geben könnte. Dankeschön.

StR Krotzer:

Nur einmal rekurren. Ich bin vergangene Woche auch mit der Kollegin Barbara Rinner und dem Herrn Meister von der FPÖ auch bei der Kleinen Zeitung eingeladen gewesen, um darüber zu diskutieren. Es hat ja auch bereits einen, ich glaube, einstimmig angenommenen Antrag im Steirischen Landtag gegeben, nur muss man das noch eine Ebene weiter spielen. Wir fordern das seit Jänner 2018. Machen überall Druck, mittlerweile sind wir froh, dass das auch, ich glaube, von allen Parteien so gesehen wird, dass wir hier eine massive Ungleichbehandlung haben, insbesondere nämlich dort, wo sich Menschen bemühen und wo es ja natürlich auch darum geht, eben gerade diese Kosten zu entlasten. Weil du mich ja vergangenes Jahr schon einmal gefragt hast, wie wird die Kostensteigerung ausfallen, damals sind ja noch Kosten von 5 bis 8 Mio. Euro pro Jahr zur Diskussion gestanden. Ich habe, so glaube ich, ziemlich genau die Summe von 3,5 Mio. dafür genannt. Wir haben das ja letztes Jahr auch ohne Nachtragskredit geschafft. Jetzt wird er fällig, das ist auch in anderen Gemeinden, wo der zuständige Stadtrat, also ganz egal welches Parteibuch der hat, man kann sich als Kommune gegen diese Pflichtleistungen nicht verwehren, wir würden ungesetzlich handeln, aber wir versuchen hier natürlich, bestmögliche Alternativen zu schaffen.

StR Hohensinner:

Ich darf mich auch ganz kurz zu Wort melden. Dass wir das Stück heute beschließen werden, das steht außer Frage. Wie man zur Abschaffung des Pflegeregresses steht, ist auch eine große Diskussion, so glaube ich, die man führen kann, aber das möchte ich jetzt auch nicht. Mir geht es darum, dass ich auch, muss ich sagen, selbst verwundert war, dass du so eine Fehleinschätzung damals abgegeben hast. Weil ich habe damals auch mit dem Sozialamt gesprochen und die haben eine andere Einschätzung gehabt. Du hast damals der Daniela Gmeinbauer auch gesagt, dass du keine rasante Kostenentwicklung voraussiehst. Heute sagst du, es müsste eigentlich allen Parteien klar gewesen sein, dass es eine rasche Kostensteigerung geben wird. Von dem her sehe ich das jetzt als Eingeständnis, dass du dich da, was diese Einschätzung betrifft, weiterentwickelt hast und muss noch einmal mein Unverständnis hier auch kundtun als Sozialstadtrat.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic

- 9.17 Stk. 21) A10/5 -094266/2019/0001 Reininghauspark und Pavillon,
A8 -119719/2018-0048 Neuerrichtung,**
- 1. Projektgenehmigung über € 8.340.000
in der AOG 2019-2022**
 - 2. Budgetvorsorge in der AOG 2019 über
€ 55.000**

Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir sind, wie bereits beim Stück über das Bootshaus an der Mur angekündigt, bei diesem Stück Reininghauspark und Grünachse, erster Abschnitt, wiederum in der glücklichen Lage, ein Stück Grünraum in beachtlicher aufbereiteter Qualität präsentieren zu können. Ein

Bild sagt mehr als 1000 Worte. Es ist hier tatsächlich auf Din A3 eine Skizze dieses Reininghausparks im Zentrum dieses plus/minus 60 Hektar großen Areals. Wir erinnern uns, 16 Hektar insgesamt sind aufgrund des Rahmenplanes dieser Vorgaben dann auch unentgeltlich an die Stadt abgetreten worden. Dieser Park im Zentrum heißt ja Reininghauspark, nach unserer Namensgebung. Er umfasst 3 Hektar. Aus diesem Geviert, das im Norden von einer Wasserachse entlang der Promenade begleitet wird, durch dieses Gebiet führen drei Wegachsen und im Süden ist ebenfalls eine Promenade mit einer Spielachse für junge Leute, wie gesagt, wer sich in der Lage fühlt, kann das sicher mitbenützen, nämlich ganz junge Leute habe ich vergessen zu sagen. Im Osten lehnt sich der Park an die zentrale verkehrsberuhigte Achse der Esplanade an und im Westen in Richtung Brauhausgasse rundum ist dieser Park von hochwertigem Wohnen umgeben. Die infrastrukturelle Ausstattung ist dadurch auch noch gekennzeichnet, das findet sich auch im Titel, durch einen Pavillon an dieser Verkehrsachse, der auch vorgesehen ist für die Versorgung für die gastronomische Bespielung dieses Platzes, der ansonsten sozusagen konsumationsfrei gehalten wird. Er wird auch von der Stadt mit diesen Mitteln möbliert, sodass er benutzbar ist und genießbar ist. Die Brücken, noch zu ergänzen, wo sie über die Wasserflächen führen, sind selbstverständlich auch mit Geländern versehen, aber sonst ist es niederschwellig zugänglich. In diesem Park befinden sich auch zwei Brunnen der Stadtlauer Malzfabrik mit Brunnenschutzgebiet, eine gewisse Einschränkung ergibt sich daher auch in der Benützung, aber als Erholungsfunktion ist er voll wirksam.

Noch einmal zur Fläche, diese 16 Hektar sind abgetreten worden unentgeltlich, 3 Hektar, ich wiederhole mich, ist der Park. Wurde für diese Fläche, aber auch für alle anderen Straßenflächen genützt. Wenn man aber die Grünflächen, Park, Quartierparks, Grünachsen zusammenzählt, komme ich insgesamt auch auf eine Fläche, man glaubt es kaum, von ebenfalls diesen 16 Hektar. Also ein Viertel, wenn Sie so wollen, ist ausgewiesene hochwertig gestaltete Erholungsfunktion bietende Grünfläche. Ich glaube schon, dass wenn man dieses Bild auch ansieht, man einen Vorgeschmack bekommt, jetzt stehen ja nur die Kräne dort, die ganz wichtig sind, und aus diesem Park in den Süden ausfließend führt die Domenico-dell Allio-Allee. Wir

sehen sie hier angedeutet, ein Teil dieser Grünraumgestaltung ist auch in diesen 8 Mio. Euro enthalten. Ich glaube, es ist gut zu wissen, dass wir seit Jahren auch durch die Studien über die Ausstattung unserer Bezirke mit Grünraum ja uns intensiv befassen. Heute auch schon Gegenstand der diversen Bebauungsplankommentare, dass wir hier einen weiteren Meilenstein im Bereich des Grünraumes, in seiner Erholungsfunktion setzen. Ich ergänze noch, dass dieser nach Süden in die Domenico-dell Allio-Allee bis hinunter zur Roseggerstraße führenden Achse ebenfalls zwei Hektar Grünraum haben werden. Der Name auch, den wir gegeben haben, Domenico-dell Allio-Allee ist mehr als gerechtfertigt und auch schon ein verbaler Hinweis auf das, was wir an Erholungsfunktion und an Erlebnis diesbezüglich vorfinden werden. Ich danke der Abteilung für Grünraum und Gewässer, der Stadtbaudirektion und der Stadtplanung, dass hier die Dinge planmäßig vorangetrieben wurden und dass wir zu diesen technischen Details, die uns anhand von Bebauungsplänen präsentiert werden und zunehmen, bei den Stücken, die wir jetzt im Grazer Westen oder auch entlang der Muhr sehen können, dass hier wirklich hochwertiger Grün- und Erholungsraum für alle Grazer öffentlich zugänglich realisiert wird. Ich danke für Ihre teilweise Aufmerksamkeit und darf aber, bitte das jetzt wirklich ein Appell an alle, bitte ich um Zustimmung zu diesem Meilenstein in der Entwicklung von Reininghaus. Herzlichen Dank.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. In der AOG 2019-2024 wird die Projektgenehmigung für das Vorhaben Reininghauspark und Pavillon in der Höhe von € 8.340.000,00, davon für
2019 55.000,--
2020 2.559.000,--
2021 5.501.000,--
2022-24 225.000,--
erteilt.

Die Finanzierung von € 8.340.000,00 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich „Infrastruktur“. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. In der AOG 2019 wird die neue Fipos
5.81500.728800 „Entgelte für sonstige Leistungen; Reininghauspark“
(AOB 1005, DKL 10545) mit € 55.000,00 geschaffen
und die Fipos
6.81500.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ (AOB 0800)
um € 55.000,- erhöht.
3. Die Abteilung Grünraum und Gewässer wird im Rahmen ihrer Funktion als Auftraggeber (anweisungsbefugte Stelle) die Projektleitung der Parkanlage wahrnehmen und mit der weiterführenden Planung und Umsetzung des Reininghausparks beauftragt.
4. Die Stadtbaudirektion/Referat Hochbau übernimmt die Projektbegleitung, die technische Nutzerinnenvertretung und die Qualitätssicherung für den Pavillon, die auch die baukulturelle Sicherung der im Siegerprojekt angebotenen Qualitäten beinhaltet. Die Stadtbaudirektion/Referat Hochbau übernimmt darüber hinaus die stadtinterne Koordination, um alle organisatorischen Möglichkeiten für die schnelle Abwicklung des Projektes ausschöpfen zu können.
5. Die GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH wird als Generalunternehmer mit der operativen Projektdurchführung/Bauabwicklung des Pavillons beauftragt. Die Verrechnung an die Auftraggeber erfolgt nach tatsächlicher Abrechnung der weiter vergebenen SUB-Leistungen (inkl. Skontoabzug) zuzüglich des GBG Baubetreuungsentgeltes. Die GBG ist für die Einhaltung der Termine, Kosten und Qualitäten zuständig.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StRⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.55 Uhr).

Berichterstatter: StR Hohensinner, MBA

9.18 Stk. 23) A13-57524/2013/30

**Sportstrategie 2030 - Stadt Graz
Grundsatzbeschluss**

Hohensinner:

Ich freue mich jetzt sehr, an dieser Stelle ein Stück berichten zu können, das aus meiner Sicht sehr zukunftsweisend ist. Das Stück wurde von 20 Personen ein Jahr lang jetzt vorbereitet. Es ist die neue Sportstrategie für die Stadt Graz 2030. Ich freue mich, dass in dieser Kerngruppe ganz viele Menschen mitgearbeitet haben. Allen voran Thomas Rajakovics, aber es haben jetzt nicht nur Sportverbandspräsidenten hier mitgewirkt oder aktive Sportlerinnen und Sportler, sondern wir haben versucht, die Breite der Gesellschaft in dieser Gruppe abzudecken, wie z.B. mit einem Kinderarzt oder einem Schuldirektor und aus meiner Sicht ist wirklich eine hervorragende Sportstrategie herausgekommen. Jetzt, warum brauchen wir eine neue Sportstrategie? Aus meiner Sicht aus drei Gründen: Der erste Grund ist, dass die alte Sportstrategie ausgedient hat. 2006 haben wir das Sachprogramm Sport hier beschlossen. Die letzten Projekte wurden fertiggestellt mit der Sportanlage für die angloamerikanischen Sportarten, der zweite Grund ist, dass sich die Lebenswelten der jungen Menschen sehr stark verändert haben in diesen Jahren. Man braucht nur an die Schule denken. 2006 hatten wir noch ca. 20 % Schulen mit einer Nachmittagsbetreuung, heute ist die Nachmittagsbetreuung eigentlich in ganz Graz ausgerollt. Das heißt, wir haben die große Herausforderung, dass wir die ganzen Sportvereine jetzt in die Schule hineinbringen müssen. Der dritte Grund, und da möchte ich eine Sportlerin zitieren, eine ehemalige Abfahrerin, Picabo Street, die hat einmal gesagt: „Es braucht einen ausgereiften Plan, um an die Weltspitze zu kommen und man muss seine eigenen Grenzen kennen, um die eigenen Grenzen überschreiten zu können.“ Wo wir

hinwollen als Stadt Graz, ist ganz klar. Wir wollen die Sportstadt Nr. 1 werden und wenn wir jetzt das, was die Sportlerin Picabo Street gesagt hat, ernst nehmen, dann brauchen wir eine ganz breit angelegte Analyse der Ist-Situation. Wir müssen wissen, wohin wir wollen und mit der Sportstrategie haben wir nachher auch den Weg aufbereitet. Wir haben in dieser Analyse einen großen Vergleich angestellt der Städte und wir haben auch die Vereine befragt. Bei der Vereinsbefragung sind auch sehr viele Rückläufer gekommen. Das heißt, 50 % der befragten Funktionäre haben auch uns die Fragebögen retourniert. Um in Tennis zu sprechen, der Thiem kämpft gerade im ersten Satz, am Rande bemerkt, und wir haben dann auch in etwa 100 Vereinsfunktionäre vor drei Wochen in der Hüttenbrennergasse gehabt. Es waren da auch die Sportsprecher der Fraktionen eingeladen. Ich konnte dort Frau Gemeinderätin Wutte, Armin Sippel und auch Marion Kreiner begrüßen. Was hat jetzt diese Analyse der Städte ergeben? Was die Infrastruktur betrifft, sind wir ganz klar vorne mit dabei. Das Sachprogramm Sport hat ja einen Schwerpunkt gehabt, dass wir die in die Jahre gekommenen Sportstätten adaptieren, ausbauen und auch neue Sportstätten dazubekommen. Ich sage nur Union-Bad, Auster, ASKÖ, Blue Box, Sanierung ATG, Sportpark Hüttenbrennergasse usw., auch ganz viele kleine Projekte wie der Ausbau der Bezirkssportplätze. Was die andere Befragung betrifft, wie schauen wir aus, was die Sportförderung anbelangt? Und da hat sich leider ergeben, dass wir bei der Sportförderung im letzten Drittel sind, was den Vergleich der Landeshauptstädte anbelangt. Aus diesem Grund haben wir genau hier angesetzt bei der Sportstrategie. Bis dato hatten wir eine Ausrichtung auf drei Säulen. Nämlich Infrastruktur, Veranstaltungen und Sportförderung, und aus diesen drei Säulen werden jetzt sechs Dimensionen. Bevor ich dorthin komme, möchte ich auch kurz die Analyse ansprechen, was der Sport unserer Stadt bringt. Das ist nämlich enorm. Wir haben eine Bruttowertschöpfung von unglaublichen 573 Mio. Euro, die vom Sport ausgehen. Es werden 14.850 Arbeitsplätze generiert, ganz viele Ehrenamtliche hängen dran, der Gesundheitsbereich, und da meine ich auch Krankenkassen und viele Gesundheitseinrichtungen mehr, erspart sich über 9 Mio. Euro durch den Sport, und würden wir das Aktivitätsniveau um 30 % heben, würden wir weitere 7 Mio. einsparen

können. Wir haben in den Vereinen 63.000 Mitglieder. Da ist, wenn wir uns als ganze Stadt betrachten, ein erheblicher Teil in Sportvereinen aktiv und wenn wir uns anschauen Geschlechter- und Jugend-Förderung, da ist noch Potential nach oben. Nur 36 % aller Mitglieder in unseren Sportvereinen sind weiblich und bei der Jugend nur 23 %. Das heißt, hier können wir auch noch weiter ausbauen. Ich komme jetzt zum angesprochenen Sechs-Dimensionen-Plan.

Die erste Dimension betrifft Breitensport und gesundheitsfördernde Bewegung. Hier ist das Ziel, dass wir die physische Aktivität um 20 % anheben. Mein erklärtes Ziel ist es, dass wir die Inklusion, den Inklusionssport als Querschnitt leben. Dass wir nicht mehr nur Extraangebote machen, sondern dass wir Vereine motivieren, alle Menschen dort aufzunehmen, vor allem auch Menschen mit Behinderung. Da haben wir das Projekt „Move on to Inclusion“ mit der Lebenshilfe. Wir haben vor, und das ist auch ein Steckenpferd vom Thomas Rajakovics, dass wir ausgebildete Trainerinnen und Trainer in Kindergärten und Schulen bringen. Bis dato war das nur in den Schulen der Fall und wir wissen von einem Kinderarzt, der mitgearbeitet hat, dass es ganz wichtig ist, schon vor der Schule anzusetzen. Und das ist, so glaube ich, auch allen Fraktionen sehr wichtig, das haben wir auch in die Präambel geschrieben, dass der Einstieg beim Sport sehr niederschwellig sein muss, nämlich auch, dass es nicht darauf ankommen darf, ob eine Familie ein Geld hat und ob sich das Kind dann den Sport leisten kann oder nicht. Das ist uns ganz wichtig.

Zweite Dimension: Leistungssport. Wir hatten letzte Woche die Ehrung der Jugendmeister. Da haben wir 80 an der Zahl. Das ist in etwa die gleiche Zahl wie bei den erwachsenen Sportlerinnen und Sportlern und in beiden Fällen möchten wir diese Zahl von 80 auf 100 mittel- und langfristig steigern.

Die dritte Dimension ist die Sportinfrastruktur. Betrifft Sportflächen, das ist eine Herausforderung in einer stark wachsenden Stadt, dass wir nicht nur das, was wir haben, erhalten, es leben immer mehr Menschen in der Stadt, das heißt, wir müssen schauen, dass wir an die wachsende Bevölkerung auch die Sportstätten anpassen und wir möchten auch eine Sportstättenbilanz alle zwei Jahre herausbringen.

Vierte Dimension: Sportveranstaltungen. Die brauchen wir zweifelsohne, dass wir gerade die Kleinsten begeistern für den Sport. Wir müssen immer Sportveranstaltungen in die Gesamtstrategie einbetten. Z.B. wir haben ja die Handballeuropameisterschaft im nächsten Jahr und da ist es wichtig, dass wir gerade die Jugendlichen hier miteinbeziehen und gerade die Handballvereine zeigen da eindrucksvoll auf, wie so etwas funktionieren kann.

Fünfte Dimension: Sportmanagement und Strukturen. Da ist gemeint, dass die Sportvereine wieder Kunden werden müssen und nicht als Bittsteller behandelt werden sollen. Einige im Saal wissen, wovon ich rede.

Sechste Dimension: Image, Medien und PR. Ich glaube, dass der Sport es verdient, dass wir den Sport noch besser und fester in den Köpfen der Menschen verankern.

Das ist eine Kurzzusammenfassung, wie die Ausrichtung ist. Ich möchte auch sagen, wie die Hebel ausschauen, wie wir das zusammenbringen können und wollen. Hier haben wir Gott sei Dank schon in den letzten Gemeinderatssitzungen einige Hebel beschlossen. Der erste ist, dass wir uns beworben haben, dass wir uns bei einem Städtenetzwerk Active Cities anschließen wollen. Global Active Cities mit zwei Zielsetzungen: Zum einen, dass die Sportstadt Graz beschließt, den Sport als Querschnitt zu leben, dass der Sport nicht nur aus dem Sportamt bedient wird, sondern das z.B. auch das Jugendamt und das Sozialamt wirklich darauf aufbaut, dass wenn man gerade im Sport Menschen gerade im jungen Alter gleich am Anfang miteinbezieht, dann lernen sie so viele wichtige Sachen für das Leben und dann erspart man sich vielleicht in diesen Bereichen später einiges an Geld. Der zweite Punkt ist, dass wir durch dieses Netzwerk auch gute Projekte aus dem Ausland nach Graz bekommen. Bin überzeugt, dass man nicht alles in Graz neu erfinden muss und da werden wir, so glaube ich, ganz gute Sachen uns anschauen können und in Graz umsetzen können.

Nächster Punkt, zweiter Hebel, das Sportjahr 2021, hier haben wir schon in einem der letzten Gemeinderäte 2,5 Mio. Euro beschlossen. Es werden auch alle Fraktionen noch miteinbezogen, hier Ideen zu liefern, was wir in dem Sportjahr umsetzen können und dritter Hebel ist auch, dass wir das Sportbudget Gott sei Dank von lange 3 Mio. Euro ab

2021 auf 5 Mio. Euro aufstocken werden können. Abschließend bedanke ich mich namentlich beim Thomas Rajakovics. Der hat das wirklich jetzt in diesem Jahr großartig aufgezogen, hat ganz viele Menschen miteinbezogen und ich bitte euch alle, dass wir die Sportstrategie dann wirklich zum Leben erwecken und ich sage noch einmal, meine Bitte ist, dass wir die möglichst breit heute beschließen, weil es ist wirklich etwas Zukunftsweisendes für die Stadt Graz. Danke.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle die „Sportstrategie 2030 - Stadt Graz“ beschließen.

GRⁱⁿ Wutte:

Lieber Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Du hast es jetzt eh schon sehr ausführlich berichtet und du weißt, dass wir der Sportstrategie und dem Sportjahr sehr positiv gegenüberstehen, dass wir das sinnvoll und klasse finden. Ich möchte nur von unserer Seite noch ein paar Aspekte herausgreifen, die uns besonders wichtig sind. Aus meiner Sicht ist eben diese Förderung des Breitensports, aber auch das Erreichen von Zielgruppen, die eben nicht so leicht erreichbar sind durch Sportangebote, was sehr Zentrales und das kommt in der Strategie eh ganz oft vor und das ist auch in dem Global Active Cities-Konzept, so glaube ich, ganz stark verankert. Von dem her bietet es einen super Rahmen und ich glaube, man muss ganz einfach schauen sozusagen, was die konkreten Maßnahmen sind, die aus diesem Rahmen entstehen. Was ich herausgehört habe, alles was ihr in Richtung Vereinsarbeit machen wollt und dass Vereine einfach niederschwelliger zugänglich sind für viele Menschen und auch Unterstützungsangebote für Menschen, die sich das nicht leisten können usw., ist total sinnvoll, finde ich sehr unterstützenswert und das andere, in die Richtung, in die man auch schauen muss, ist, diese Menschen anzusprechen, die sich vielleicht vom Vereinssport nicht so angesprochen fühlen und einfach schauen, dass die auch abgeholt werden mit Sport und Bewegungsangeboten und das geht halt aus meiner

Sicht auch eben, dass man mit Nachbarschaftsinitiativen, teilweise mit migrantischen Vereinen usw. Kontakt aufnimmt, weil die eben auch schon ganz viele niederschwellige Sportangebote haben und damit teilweise ganz andere Leute ansprechen als die klassischen Sportvereine. Das finde ich sehr wichtig, das mitzubedenken. Dann das andere Thema, das du auch schon angesprochen hast, ist eben diese geringere Präsenz von Mädchen und Frauen in ganz vielen Bereichen des Sports und da gilt es sicher, als Stadt ganz besonders hinzuschauen und sich auch zu fragen, nicht nur wie man Vereine mehr öffnet für Frauen, sondern z.B. wie man Bezirkssportplätze so gestalten kann, dass sie auch für Mädchen und Frauen attraktiver sind. Weil die werden auch ganz oft primär von Jungs und Männern genutzt die Bezirkssportplätze und dass man sich da fragt, wie man diese Orte anders gestalten kann. Zum Thema Kinder, ich finde es sehr gut, in die Kindergärten solche Sporteinheiten zu bringen. Aber was ich mir denke, das ist jetzt schon ein Vorgriff auf meinen dringlichen Antrag, gerade bei kleineren Kindern ist es so, dass eigentlich Sport und Bewegung über Spiel entsteht und je mehr man die Stadt auch so gestaltet, dass Kinder an ganz vielen Orten Bewegungs- und Spielmöglichkeiten vorfinden, desto mehr werden Kinder in ihrem Alltag Bewegung leben und diesen ganzen gesundheitsfördernden Benefit dadurch haben. Das heißt, wenn du als Stadt wirklich Kinder zu Sport und Bewegung animieren willst, musst du einfach den öffentlichen Raum so gestalten, dass er bewegungsfreundlich und spielfreundlich für Kinder ist. Diese Ergänzungen aus meiner Sicht, aber super Sache und es freut mich natürlich, dass wir das unterstützen.

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.20 Uhr).

Hohensinner:

Es war mir nur ein Anliegen, hier ein wenig zu erzählen, weil mein Herzblut auch da drinnen steckt und ich habe das wirklich sehr reduziert. Der Thomas weiß und jeder, der im Ausschuss gestern war, oder war es vorgestern, da gibt es einen Zweiten, der

mit Herzblut dahinter ist, der Thomas, und der hat auch ein weiteres Projekt implementiert, das nennt sich Cord Culture, das haben wir bereits präsentiert. Es wird auch in die Sportstrategie einfließen. Da geht es darum, dass man über ein App einerseits sich auf öffentlichen Sportflächen verabreden kann. Frau Gemeinderätin Wutte, ich glaube, das ist genau in deine Richtung, einerseits, dass sich die nicht in Vereinen organisierte Community hier verabreden kann, ich finde das irrsinnig toll, in den Apps sind alle öffentlichen Sportstätten gespeichert, vielleicht haben wir noch nicht alle drinnen, dann wird auch an die Verantwortung der Sportler appelliert, die können nämlich Sportstätten oder Sportflächen dort auch einspeisen und sie sind aufgerufen, wenn irgendeine Sportstätte kaputt ist, wenn ein Netz nicht korrekt ist, dann kann man das dort melden und das wird dem Sportamt auch weitergeleitet. Aus meiner Sicht haben wir da eine ganz innovative Geschichte, wo man genau in deine Richtung gehen kann. Ich freue mich, dass sich hier eine breite Mehrheit abzeichnet und darf gleich zur Abstimmung kommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hohensinner:

Jetzt habe ich eine kurze Regieanweisung, wir sind über der 4-Stunden-Frist, eigentlich müssten wir jetzt die dringlichen Anträge heranziehen, aber wir haben noch ein Stück eigentlich nur mehr. Ist es ok, wenn wir das jetzt noch durchziehen, hat jemand etwas dagegen? Nein, somit kommen wir nun zu diesem Stück.

Berichterstatter: GR DI Topf

9.19 Stk. 25) A 8-20081/2006-229, **Masterplan ÖV, Straßenbahnausbau 2023+,
A 10/BD - 006186/2018/0005, Grundsatzbeschluss
A 10/8 - 061606/2017/0016,
A 14 - 1044856/2019/0001**

Topf:

Ein sehr wichtiges Stück, ich hätte mir gewünscht, dass ich länger reden darf zu diesem Stück, aber ich werde es kurzhalten. Es geht darum, dass wir in zwei Tagen, nämlich Montag und am gestrigen Tag, dieses Stück ausführlich diskutiert haben, nämlich im Hinblick, wie kann man sich vorstellen den Straßenbahnausbau über das Jahr 2023 hinaus. Ich darf vielleicht kurz in Erinnerung rufen, dass wir bestimmte Straßenbahnstücke bereits beschlossen haben für den Zeitraum 2018 bis 2023, das ist auch der Bereich, der mit Landesförderung usw. entsprechend auch dotiert wurde. Das sind folgende Strecken, wenn ich das so sagen darf, das ist die Reininghausstrecke, bekanntlicherweise die Smart-City-Strecke, das ist der zweigleisige Ausbau des 5ers, der zweigleisige selektive Ausbau der Linie 1 von Mariagrün bis Mariatrost und der zweigleisige Ausbau Hilmteich/Hilmteich-Straße/Mariagrün. Darüber hinaus, und das ist jetzt der Inhalt dieses Stückes, geht es darum, wie kann man sich den Straßenbahnausbau über das Jahr 2023, 2023 + ist ja das Stichwort oder die Überschrift dazu, wie kann man sich das vorstellen? Es wurde diesbezüglich in bekannter Art und Weise, wenn ich das so sagen darf, auch schon aus der Vergangenheit heraus resultierend das Büro Hüssler beauftragt, hier eine Studie für uns vorzubereiten und diese Studie wurde ausführlich mit Prof. Hüssler am Montag diskutiert. Im Wesentlichen geht es um folgende Straßenbahnlinien, wenn ich die kurz ansprechen darf, ich glaube, das Stück ist so gut aufbereitet, dass man es auch wieder entsprechend nachlesen kann. Es geht einerseits um die Anbindung der Universität Graz, immer wieder natürlich untersucht entsprechend die Planfälle dazu, auch mit den entsprechenden sozusagen Kosten, wie schaut es aus mit der Frequenz, welche Fahrgaststeigerung ist in diesem Gesamtnetz unter der Berücksichtigung dieser Linie zu

erwarten? Dann der zweite Punkt ist die Anbindung des Nordwestens auch im Hinblick auf einen Knoten in Gösting. Das ist auch wieder entsprechend bearbeitet worden, auch hier wieder die entsprechenden spezifischen Zahlen, um eine Vergleichbarkeit zu erreichen. Eine wesentliche Linie, die immer wieder stark angesprochen wurde, ist die Anbindung des Südwestens. Hier hat es eine Detailuntersuchung gegeben, wie kann man die Linie in Richtung Südwesten, in Richtung Don Bosco in welcher Variante kann man sie führen? Und da ist gestern bzw. am Montag doch herausgekommen, dass man die Linie doch über den Griesplatz, Reininghaus nach Webling führen sollte unter der Berücksichtigung, dass diese Linie auch über den Jakominiplatz hinaus entsprechend verlängert wird. Diese Linienführungen sind, wie gesagt, ausführlich diskutiert worden und ein wesentlicher Punkt auch in der Diskussion war, und das habe ich vorher schon ein wenig angedeutet auch bei der Radwegoffensive, dass es ganz wichtig ist, dass wir dieses Straßenbahnnetz und die Erweiterungen, die ich jetzt geschildert habe, nicht sozusagen nur innerstädtisch betrachten oder nur auf den Schienenausbau oder Straßenausbau betrachten, sondern dass man darüber hinaus auch mitdenkt die Anbindungen in Richtung GKB in Richtung natürlich auch der ÖBB Linien, aber insbesondere im Westen, was die Südwestlinie betrifft, auch die Verknüpfung mit der GKB-Strecke, die allenfalls dem städtischen Bereich auch intensiver als S-Bahn geführt werden kann. Diese Überlegungen sind intensiv angesprochen worden, sind auch intensiv mit Prof. Hüssler und auch mit den Experten der Verkehrsplanung, ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, dass hier auch mit der Verkehrsplanung ein intensives Gespräch auch für den zukünftigen Ausbau der Linien über das Jahr 2023 hinaus besprochen wurde. Es wurde natürlich auch das Betriebskonzept betrachtet, welche Fahrzeuge in welcher Form werden wir für den zukünftigen Ausbau brauchen. Entscheidend ist auch, dass wir die Nahverkehrsknoten, die ja schon angesprochen wurden, hier berücksichtigt haben. Entscheidend ist aber auch, dass wir noch einmal darüber nachdenken sollten, und das möchte ich noch einmal sozusagen zur Diskussion auch jetzt bei meiner Berichterstattung hier darstellen, dass wir insbesondere nach Richtung Südwesten über den Knoten Don Bosco hinaus auch die sinnvolle Verknüpfung mit der GKB-Strecke in Zukunft andenken sollten. Ich darf daher

zum Antragstext kommen. Wie gesagt, ich habe das jetzt ziemlich verkürzt dargestellt, das ist mir schon klar, aber es ist offensichtlich notwendig, hier eine Geschwindigkeit aufzubauen, wenn ich das so sagen darf. Es ist der Punkt 9, den ich jetzt dann zusätzlich referieren darf, gegenüber dem ursprünglichen Stück auch in finanztechnischer Sicht ergänzt worden. Der Antragstext ist ziemlich lange, aber ich darf ihn vorlesen:

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Die im Bericht genannten und zur Umsetzung empfohlenen drei Straßenbahn-Neubaustrecken
 - die Nordwest-Linie über den Lendplatz nach Gösting,
 - die Südwestlinie über den Griesplatz nach Webling, da gibt es noch ein Fragezeichen dazu, ob man hier nicht eine andere Streckenführung im Hinblick auf die GKB-Strecke andenken sollte,
 - und die Neue Linie 2 über den Geidorfplatz und die Universität Graz sollen umgesetzt werden.
3. Jetzt kommt die Betriebsführung dazu: Die Beschaffung der voraussichtlich 34 Zweirichtungs-Straßenbahnwagen, ich betone das ausdrücklich, für den Betrieb der oben genannten drei Straßenbahn-Neubaustrecken ist mit dem tatsächlichen Ausbau dieser Strecken abzustimmen und bei allen Planungen und Konzepten der Graz Linien für die Dimensionierung der erforderlichen Abstellung in den Remisen und Werkstätten, ist ja klar, zu berücksichtigen.
4. Die zeitliche Umsetzung der drei Straßenbahn-Neubaustrecken bedarf einer Klärung. Die Vorschläge dazu sind dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Für die weitere Entwicklung des städtischen öffentlichen Verkehrs und der Steirischen S-Bahn, noch einmal betont und unterstrichen, sollten die beiden neuen Nahverkehrsknoten auf Grazer Stadtgebiet, Gösting und Reininghaus und allenfalls ein weiterer Knoten, ich sage das bewusst dazu, umgesetzt werden.
6. Die in diesem Grundsatzbeschluss vorgelegten drei Straßenbahn-Neubaustrecken dienen in Folge als Grundlage für Gespräche mit den Gebietskörperschaften Bund

und Land Steiermark, klarerweise hinsichtlich der Kostenbeteiligung sowohl, was die Infrastruktur betrifft, als auch natürlich die Neuanschaffung der Fahrzeuge, die Remisen und die Betriebskosten. Also auch hier erwarten wir uns eine Zuzahlung. Die Stadtbaudirektion wird in Abstimmung mit der Finanzdirektion, dazu komme ich noch später im Punkt 9, mit einem Verhandlungsmandat für diese Gespräche mit Bund und Land beauftragt.

7. Die Stadtbaudirektion wird mit der weiterführenden Planung der angeführten Straßenbahn-Neubaustrecken beauftragt. Diese Projekte sollen so weit aufbereitet werden, dass in Folge die Stadtbaudirektion dem Gemeinderat über die jeweiligen Projekte in Form einer Projektgenehmigung Bericht erstatten kann.
8. Die drei Straßenbahn-Neubaustrecken und die neuen Nahverkehrsknoten, vielleicht erweitert, sind bei den Änderungen im zukünftigen Stadtentwicklungskonzept (STEK) bzw. Flächenwidmungsplan (FWP) zu berücksichtigen und darzustellen.

Der Punkt 9 ist zusätzlich gekommen, die finanztechnische Komponente, wenn ich so sagen darf:

9. Der Finanzreferent der Stadt Graz wird beauftragt, vertiefende Gespräche hinsichtlich der Finanzplanung mit den Grazer Linien zu führen.

Das war der Antragstext, ich möchte aber vielleicht noch einmal kurz ansprechen, dass wir auch in den Ausschüssen die Brücke zur Holding stark in den Vordergrund stellen möchten, weil auch hier über das Projekt MUM, Moderne Urbane Mobilität, auch eine Verknüpfung zum Straßenbahnausbau hergestellt werden sollte. Ich darf um Beschlussfassung und um Zustimmung zu diesem Stück ersuchen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Die im Bericht genannten und zur Umsetzung empfohlenen drei Straßenbahn-Neubaustrecken

- die Nordwest-Linie über den Lendplatz nach Gösting,
 - die Südwestlinie über den Griesplatz nach Webling
 - und die Neue Linie 2 über den Geidorfplatz und die Universität Graz sollen umgesetzt werden.
3. Die Beschaffung der voraussichtlich 34 Zweirichtungs-Straßenbahnwagen für den Betrieb der oben genannten drei Straßenbahn-Neubaustrecken ist mit dem tatsächlichen Ausbau dieser Strecken abzustimmen und bei allen Planungen und Konzepten der Graz Linien für die Dimensionierung der erforderlichen Abstellung in den Remisen und Werkstätten zu berücksichtigen.
 4. Die zeitliche Umsetzung der drei Straßenbahn-Neubaustrecken bedarf einer Klärung. Die Vorschläge dazu sind dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.
 5. Für die weitere Entwicklung des städtischen öffentlichen Verkehrs und der Steirischen S-Bahn sollten die beiden neuen Nahverkehrsknoten auf Grazer Stadtgebiet, Gösting und Reininghaus, umgesetzt werden.
 6. Die in diesem Grundsatzbeschluss vorgelegten drei Straßenbahn-Neubaustrecken dienen in Folge als Grundlage für Gespräche mit den Gebietskörperschaften Bund und Land Steiermark hinsichtlich der Kostenbeteiligung (an der Infrastruktur, den Fahrzeugen, den Remisen und den Betriebskosten). Die Stadtbaudirektion wird in Abstimmung mit der Finanzdirektion mit einem Verhandlungsmandat für diese Gespräche mit Bund und Land beauftragt.
 7. Die Stadtbaudirektion wird mit der weiterführenden Planung der angeführten Straßenbahn-Neubaustrecken beauftragt. Diese Projekte sollen so weit aufbereitet werden, dass in Folge die Stadtbaudirektion dem Gemeinderat über die jeweiligen Projekte in Form einer Projektgenehmigung Bericht erstatten kann.
 8. Die drei Straßenbahn-Neubaustrecken und die neuen Nahverkehrsknoten sind bei den Änderungen im zukünftigen Stadtentwicklungskonzept (STEK) bzw. Flächenwidmungsplan (FWP) zu berücksichtigen und darzustellen.
 9. Der Finanzreferent der Stadt Graz wird beauftragt, vertiefende Gespräche hinsichtlich der Finanzplanung mit den Grazer Linien zu führen.

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Georg, danke für die kurze, aber trotzdem super zusammengefasste Zusammenschau Straßenbahnausbau 2023+. Sie können sich denken, dass ich mich natürlich freue und auch wenn es schon später fortgeschritten ist, Sie müde sind, möchte ich eh nur in Wirklichkeit sagen, dass es eigentlich heute ein guter Tag ist in mehrerer Hinsicht, nicht nur das Stück, was der Herr Kollege Stadtrat Hohensinner gerade vorhin einstimmig unterstützt worden ist, der Grundsatzbeschluss zur Radoffensive, aber auch eben, dass wir bei dem Straßenbahnpaket II, wie wir es eigentlich immer genannt haben, das ist eine lange Vorlaufzeit gewesen. Ich möchte mich da wirklich bei allen Mitgliedern im Verkehrsausschuss ganz herzlich für die Begleitung bedanken, dass sie sich immer die Zeit genommen haben. Das ist etwas Umfangreiches, sich damit zu beschäftigen und auch nicht ganz einfach immer sozusagen für unseren Kollegen Prof. Hüssler, der immer in einer sympathischen Weise und durchaus verständlich und nachvollziehbar und bestens uns eigentlich berät und unterstützt. Danke an alle Abteilungen, ein großes Danke, weil das ist viel Vorarbeit immer auch gewesen, vor allem auch der Verkehrsplanungsabteilung, aber natürlich auch den Kollegen der Graz Linien, die uns da auch immer begleitet haben und den Stadtratskollegen, die ja letztendlich auch hier wertschätzend unterstützend mitwirken werden. Eigentlich ist das heute ein Gemeinderat, der sozusagen mit Schwerpunkt der Mobilität in einem ganz außerordentlichen Maße hier heute Unterstützung finden wird und ich hoffe natürlich auch, dass das bei diesem Beschluss so sein wird. Dankeschön.

Hohensinner:

Klubobmann Dreisiebner hat einen Fahrschein gelöst am Rednerpult.

Dreisiebner:

Nein, ich bin Jahreskartenbesitzer, aber ich steige ein und fahre mit. Ja, es ist ein guter Tag, aber ich möchte schon eines noch erwähnen, ich will die Party nicht crashen. Ich will die Party nicht crashen, wir werden dem Stück auch zustimmen, aber ich möchte in Erinnerung rufen, dass genau dort, wo wir heute stehen, dass wir 2007, dieses Haus, 2007 schon gestanden ist. Es wurde 2007 auf Basis einer Hüssler-Studie wurden drei Linien, drei Zielorte festgemacht. Die Nordwestlinie quasi unverändert, die Südwestlinie nicht viel anders als heute und die Uni über eine andere Anbindung, die entweder über die Zinzendorfgasse oder ähnlich gelaufen wäre. Aber es wurden diese drei Routenäste mehr oder weniger als die volkswirtschaftlich günstigsten ausgeschrieben und auch hier so beschlossen. 2011 hat es einen Planungsbeschluss gegeben, acht Jahre her, ziemlich genau, im Dezember war das damals, für die Südwestlinie, ich nenne sie jetzt alt, inklusive einer Innenstadtentflechtung statt Entlastung. 2018, sprich vor einem Jahr, hätte sie laut dem Beschluss von 2011 fahren sollen. Jetzt stehen wir heute hier und wir reden von 24 bis 30. Ok, mag sein. Im Stück steht sehr viel, toll vorbereitet, danke an den Herrn Prof. Hüssler, danke an den Martin Bauer, der das fachlich aufbereitet hat. Im Stück steht natürlich drinnen, man braucht im Budget 285 Mio. aus heutiger Sicht für diese drei Projekte und man braucht einen Haufen mehr Menschen, gut ausgebildete Menschen für die Verkehrsplanungsabteilung, für die Stadtbaudirektion und für die Holding. In einem Monat beschließen wir ein Budget. Jetzt ist leider weder der Herr Beteiligungsstadtrat und Finanzstadtrat noch der Herr Personalstadtrat hier anwesend. Im Großen und Ganzen ist die fliederfarbene Stadtregierungscoalition hier im Moment gerade in der Minderheit, mag ich nur so anmerken.

Das Ding muss jetzt auf Schiene gehen, das heißt, ich erwarte mir, dass wir im Budget auch die Personalvorsorgen haben, dass wir auch dementsprechend schnell und vielleicht auch noch schneller diese drei Projekte starten können. Warum? Der Verkehr wächst von Tag zu Tag, es gibt einen Haufen Anfragen und Initiativen, die sich über Stauerscheinungen und ich weiß nicht was alles, aber das werden wir uns nicht wegzaubern können, wir können nur den öffentlichen Verkehr ausbauen und zwar

schnell ausbauen und wenn ich dann heute noch in der Zeitung lese, dass man das unter Umständen noch dehnen muss bis noch einmal zehn oder neun Jahre länger, dann wird mir ganz schwummrig. Das ist das, wo ich schon anmerken mag, in einer Zeit, wo wir jedes Jahr um 4000 Menschen wachsen, wo der Wirtschaftsraum wächst, der Bildungsstandort wächst, wo immer mehr Mobilitätsbewegungen stattfinden, im Großraum Graz, und deswegen ist auch die S-Bahn-Anbindung, was der Georg Topf gesagt hat, so wichtig von allen drei Linien. In allen diesen Dingen und inklusive auch dem, was uns im Klimabereich erwartet, in all diesen Dingen brauchen wir eine Beschleunigung der ganzen Angelegenheit. Also Party crashen, ein wenig, und wie gesagt, ich erwarte mir eine Verkehrsstadträtin, die hier auch intern versucht, das schneller voranzutreiben und nicht den hinteren Termin in der Zeitung erzählt. Im Übrigen nur so eine Nebenbeianmerkung: Wenn man dann von teilweisen Unterführungen, von wichtigen Plätzen und Orten in dieser Stadt spricht, dann sollte man auch über die städtebauliche Konsequenz des Ganzen sprechen. Es würden solche Plätze nicht aufgewertet, wenn man durch Abfahrts- und Auffahrtsrampen, das steht nämlich auch in der Kleinen Zeitung, durch Abfahrts- und Auffahrtsrampen z.B. einen Griesplatz oder einen Geidorfplatz oder was auch immer mehr oder weniger nicht überquerbar macht, mehr oder weniger nicht zum Lebensraum macht. Warum muss ich dort unterführen? Das kann ja nur unter der Prämisse laufen, dass man weiterhin genauso viel oder noch mehr Autoverkehr haben. Auch das tut unserer Lebensqualität und der Gesundheit und dem Wohlfühlen der Menschen nicht gut. Insofern ersuche ich einfach, bitte ziehen wir das an, richtet dem Finanzstadtrat und Beteiligungsstadtrat und auch dem Personalstadtrat, ihr, die ihr die Fraktionen seid, die da gut dazukommen, das aus, wir brauchen da mehr Gas in der Geschichte. Gas in der Geschichte verstehen die zwei, die gerade nicht da sind, danke.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube schon, dass das heute ein Meilenstein ist, dass man heute einen Grundsatzbeschluss trifft, diese drei Riesen-Projekte, und das sind sie, anzugehen. Aber der Punkt ist schon, dass ich ein wenig dort anschließen möchte, wo der Karl gerade aufgehört hat. Dass man jetzt, ich bin seit zwei Jahren in diesem Gemeinderat, und gewisse Dinge sind mir immer und immer wieder gesagt worden, gewisse Sachen brauchen lange und über gewisse Dinge da drinnen ist auch schon sehr sehr lange geredet worden und irgendwann ist einfach der Zeitpunkt da, dass gewisse Projekte schon sehr lange gebraucht werden, eigentlich jetzt schon gebraucht werden und so ist es, glaube ich, auch mit der Südwest-Linie und mit der Griesplatz-Lösung und auch mit der Straßenbahn nach Gösting. Ich möchte nur sagen, dass ich diesen Grundsatzbeschluss zutiefst unterstütze und mich auch freue, dass er endlich jetzt noch mehr in die Zukunft oder in die nahe Zukunft rückt, aber gewisse Sachen wundern mich schon. Mich wundert es z.B. schon, dass man verschiedene Systeme im Grazer Verkehr haben, wir haben die S-Bahn, wir haben Straßenbahnen, wir haben Bus-Systeme und anderes und wir uns scheinbar damit zufrieden geben, die Südwestlinie nur an eine S-Bahn anzubinden. Weil wenn man darüber redet, dass es in Webling in der Nähe vom Metro enden soll und die S-Bahn-Webling-Station und auch der Park & Ride ganz woanders sind, am Weblinger Kreisverkehr, dann frage ich mich, die Straßenbahn ist doch wirklich unser Werkzeug gegen den Individualverkehr, wir wollen, dass Leute vom Auto auf die Straßenbahn umsteigen, im Park & Ride stehen bleiben und dann in die Straßenbahn oder in den öffentlichen Verkehr umsteigen und da frage ich mich wirklich, dass man hier noch ein wenig in der weiteren Planung auch mit mehreren PartnerInnen und mit mehreren Finanzierungspartnern quasi noch weiter überlegt, wie man all unsere Systeme in Graz gut miteinander verknüpfen können und das noch weiter denken. Ich glaube, heute ist ein guter Grundsatzbeschluss, aber wir müssen noch weiter denken und wir brauchen noch viel mehr Lösungen, weil da gibt es auch noch sehr viele weiße Flecken auf dieser Karte.

GR Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie. Wir haben hier in diesem Raum schon über sehr viele Luftschlösser diskutiert und debattiert und ich hoffe, dieses Projekt ist viel, viel zu wichtig, als dass daraus ein Luftschloss wird und darum kann ich dem Herrn Karl Dreisiebner da auch nur zustimmen. Es bedarf hier der Geschwindigkeit und auch des Geldes und da auch an die Adresse vom Karl bitte, ihr seid jetzt schön langsam in der Regierungsverhandlung um die Koalition, vielleicht macht es zur Koalitionsbedingung, dass wir da genügend Geld nach Graz transferieren können und damit das auch vonstatten geht. Denn du kannst auch persönlich mit deinem eigenen Einsatz dazu beitragen, danke.

StRⁱⁿ **Kahr:** Vor allem was den Nahverkehrsknoten Gösting angeht.

Hohensinner:

Nun die letzte Chance für eine Wortmeldung, sonst macht Gemeinderat Topf Tempo.

Topf:

Wird länger dauern, nein, wird nicht länger dauern. Es ist so, ich möchte schon zwei, drei Punkte noch einmal herausgreifen, gerade das, was zum Schluss angesprochen wurde. Ich habe ausdrücklich erwähnt, und das habe ich wirklich zweimal betont oder dreimal betont, dass diese Weiterführung über den Knoten Don Bosco hinaus, was die Südwestlinie betrifft, noch einmal intensiver angeschaut werden muss, wohin soll diese Linie führen und wo soll sie eine sinnvolle Verknüpfung mit der S-Bahn, das habe ich mehrfach betont und ist auch in allen Ausschussprotokollen so festgelegt. Also

bitte, auf jeden Fall keine Sorge haben, dass wir das nicht noch einmal intensiver anschauen, was diese Weiterführung dieser Süd-West-Linie über den Knoten Don Bosco hinaus betrifft. Was uns heute, und da geht es mir gleich wie dem Karl, irgendwie in der Kleinen Zeitung irritiert hat, ich glaube, das wird ein Redaktionsfehler gewesen sein, denn ich kann mir nicht vorstellen, und der Karl hat es ja ausgeführt, dass wir irgendwie sozusagen aus der Brückenkopfgasse hinuntertauchend den Griesplatz unterfahren und dass es dann irgendwo bei der Polizei in der Karlauer Straße wieder heraufgeht oder wie auch immer. Also diese Unterführung Griesplatz, ich gehe einmal davon aus, dass es einfach ein Übertragungsfehler in der Diskussion mit den Redakteuren war. Ich darf das so salopp anmerken. Ich bitte um breite Zustimmung zu diesem Projekt mit dem Hinweis, die Südwestlinie wird ab Don Bosco noch einmal überlegt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ende der Tagesordnung um 16.35 Uhr.